

Soziales Engagement im Umbruch: zur Situation in den neuen Bundesländern

Poldrack, Horst

Veröffentlichungsversion / Published Version
Abschlussbericht / final report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Poldrack, H. (1993). *Soziales Engagement im Umbruch: zur Situation in den neuen Bundesländern*. (ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis, 18). Köln: Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-128734>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ISAB-Schriftenreihe: Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 18

**Soziales Engagement im Umbruch
Zur Situation in den neuen Bundesländern**

Dr. habil. Horst Poldrack

3. Gliederung

1.	Einleitung	3
1.1	Anliegen, Problemstellung und Leithypothesen	4
1.2	Forschungssituation und Zielsetzung	12
1.3	Methoden	14
2.	Bemerkungen zum bürgerschaftlichen Engagement in den neuen 20 Bundesländern vor und nach der Wende	
2.1	Strukturen und Eigenarten des bürgerschaftlichen Engagements in 20 der DDR-Gesellschaft	
2.2	Werte- und Engagementwandel in der DDR	31
2.3	Ausgangslage: Engagement-Situation in den neuen Bundesländern	33
3.	Aufschlüsse zum Wandel des bürgerschaftlichen Engagements im Transformationsprozeß auf Grundlage der Interviews	35
3.1	Engagementmuster im Rasterprofil	36
3.1.2	Interpretationsversuche	37
3.2	Engagementkontinuität und -abbruch bei Personen aus dem staatstragenden Bereich	37
3.2.1	Engagementkontinuität und -abbruch bei Personen aus dem außerstaatlichen bzw. oppositionellen Bereich	49
3.2.2	Engagementschub bei Personen mit nichtsystemtragendem Hintergrund	52
3.2.4	Die Situation der Selbsthilfe aus Selbstbetroffenheit im sozialen Umbruch	54
4.	Resümee und Ausblick	55
	Literaturverzeichnis	60

1. Einleitung

Die Idee zu der vorliegenden Studie entstand aus der Zusammenarbeit des Autors mit dem Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB) Köln-Leipzig im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Modellprogramms zur Förderung der sozialen Selbsthilfe in den neuen Bundesländern (vgl. ISAB, 1992).

Den entscheidenden Anstoß hierzu gab die spannende Frage, wie sich soziale Selbstorganisations- bzw. Selbsthilfepotentiale beim Übergang vom staatssozialistischen System (wo sie jahrzehntelang unterdrückt und deformiert wurden - so die gängige Ansicht) zu einer modernen, demokratisch verfaßten Sozialordnung (in der sie ein unentbehrliches Funktionselement darstellen) entfalten und ausdifferenzieren?

Das Projekt wurde von der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) als Kurzstudie zum thematischen Schwerpunkt „Sozialpolitik, soziale Ungleichheit und Lebensstile“ unter dem Titel „Entwicklung von Selbsthilfepotentialen in sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Problembereichen im Prozeß der Systemtransformation“ gefördert.

Als hilfreich bei der Bearbeitung des vorliegenden Projekts erwiesen sich Kompetenzen und Erfahrungen der sozialwissenschaftlichen Selbsthilfeforschung in den alten Bundesländern, an die der Verfasser dank der engen Zusammenarbeit mit dem ISAB Institut Köln-Leipzig anknüpfen konnte. Besonderen Dank für Unterstützung, Hinweise und Anregungen gilt Herrn J. Braun, Herrn Professor Ch. von Ferber vom ISAB Institut Köln-Leipzig sowie Herrn Prof. T. Olk, der die Studie seitens der KSPW betreute.

1.1 Anliegen, Problemstellung und Leithypothesen

Habermas' bekannter Ausspruch - wonach die „nachholende Revolution im Osten“ kein „neues Licht auf die alten Probleme“ der westlichen Moderne wirft - wird durch die historische Transformationsrealität in Frage gestellt. Denn selbst wenn die östlichen Umbruchgesellschaften nur mit alten Modernisierungsproblemen des Westens konfrontiert wären, sie müssen sie zumindest auf neue Weise unter anderen Ausgangs- und Rahmenbedingungen bewältigen: und zwar auf längere Sicht

- unter unsicheren und instabilen (krisenhaften) Verhältnissen einer Systemtransformation, für die „es in der Geschichte keine Beispiele gibt, auf die man ratsuchend“ (vgl. C. Burrichter, 1991, S. 7) zurückgreifen könnte;
- unter Bedingungen eines im Vergleich zum Westen weit geringeren Wohlstandsniveaus und
- mit Menschen (den Ostlern), deren Mentalität und Verhaltensmuster durch Sozialisationsprozesse im staatssozialistischen System geprägt wurden.

Der soziale Umbruch im Osten erzeugt nicht nur eine neue Modernisierungsproblematik, er wird vielmehr in seinen vielfältigen Auswirkungen den Westen nachhaltig beeinflussen und verändern. Wenn der wirtschaftliche und politische Aufschwung im Osten nicht gelingt, werden sich hieraus auch für den Westen erhebliche Belastungen und Gefahren ergeben. Umgekehrt eröffnen sich mit der Transformation im Osten aber auch innovative Gestaltungsmöglichkeiten, die der Modernisierung der Westgesellschaften neue Impulse geben könnten.

Es ist indes nicht zu übersehen. Nicht nur der Umbruch in Osteuropa, auch die Transformation der DDR-Gesellschaft ist ein langwieriger und schmerzhafter Prozeß, der zur Zeit mehr gefährliche Krisenherde und soziale Destruktivkräfte als produktive Modernisierungsimpulse freizusetzen scheint. So haben sich seit der Wende zwar völlig neue Rahmenbedingungen und Chancen für selbstbestimmtes Engagement der Bürger eröffnet. Sie werden bislang aber nur zögerlich und punktuell genutzt bzw. ausgestaltet. Erscheinungen sozialer Paralyse und Passivität bei großen Teilen der Bevölkerung erweisen sich hingegen zunehmend als Hemmfaktor für den wirtschaftlichen und politischen Strukturwandel in den neuen Bundesländern.

Gerade das Beispiel der deutschen Vereinigung zeigt, die entscheidende Frage ist nicht allein, wieviel Geld der Westen für den Aufschwung Ost aufbringt oder wie groß der Manpower (Eliten)-Transfer vom Westen in den Osten ist. Wichtig ist vor allem, ob und wie die neuen Rahmenbedingungen und Strukturen von den Menschen angenommen werden.

Sind die Ostdeutschen fähig und bereit, sich in der neuen Struktur- und Lebenswelt aktiv und erfolgreich zu behaupten oder erzeugt die plötzliche Begegnung mit dem neuen System eher soziale Frustrationen, Spannungen und andere Transformationsblockaden?

Wann, wie und unter welchen Voraussetzungen gelingt im Osten Deutschlands der Durchbruch zu einem selbsttragenden Transformationsprozeß, der von der Initiative, der Kreativität und Selbstregulationsfähigkeit eigenständiger und aufrechter ostdeutscher Identitäten getragen wird? Diese Frage erweist sich immer mehr als Zentralproblem der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umgestaltung.

Der Zusammenbruch des staatssozialistischen Herrschafts- und Gesellschaftssystems und der überschnelle Umstrukturierungsprozeß haben bei den Ostdeutschen offenbar einen Kulturschock ausgelöst. Während sich ihre gewohnte Arbeits- und Lebenswelt in der Auflösung befindet und ihr überkommenes soziales und kulturelles Kapital entwertet bzw. zumindest stark relativiert wird, sehen sie sich mit einem Male in ein fremdes System versetzt. Mit der Übernahme des bundesdeutschen Rechts- und Institutionensystems verloren viele plötzlich ihre Routinen und verwandelten sich in funktionelle Analphabeten. Die Unsicherheiten lähmen: die Menschen können mit ihren Erfahrungen die neue Ordnung nicht oder nur bedingt bewältigen.“ (Thomas Koch, 1991, S. 163)

Der Transformationsprozeß befindet sich in einer kritischen Phase. Noch hat sich die Divergenz zwischen Zerstörungs- und Erneuerungsdynamik nicht umgekehrt. Viele Menschen bewegen sich zur Zeit nicht nur in unsicheren und deregulierten Lebenszusammenhängen, sondern auch in einem Werte- und Sinndefizit. Mit dem Untergang des Fürsorge- und Bevormundungssystems und der damit verbundenen Auflösung überkommener sozialer Netzwerke und Bindungen fühlen sich viele sozial entwurzelt. Vielen fehlt anscheinend der Staat als verwöhnende und erziehende Mutter. Sie fühlen sich in der neuen Ordnung (noch) nicht zu Hause.

Die ungleiche Veränderungsdynamik zwischen dem Strukturwandel auf der einen Seite und dem sozialen und mentalen Wandel auf der anderen bringt eine kulturelle Phasenverschiebung hervor, die sich in Form von Divergenzen oder Unverträglichkeitserscheinungen zwischen dem neuen institutionellen System und dem Beharrungsvermögen überkommener Verhaltensdispositionen der Menschen äußert.

Bei dieser Spannung zwischen Systemstruktur und der alltäglichen (erschütterten, erodierenden) Alltags- und Lebenswelt handelt es sich um keine bloß zufällige Störung, sondern um ein grundsätzliches Problem des Transformationsprozesses, das durch die Variante der „institutionellen Transplantation“ gerade in den neuen Bundesländern akut und manifest wird. Denn, wie Claus Offe einleuchtend argumentiert, bedeutet die „Transplantation des Westmodells“ ja nicht zwangsläufig, „daß die in der ehemaligen Bundesrepublik gewohnten und eingelebten assoziativen Strukturen nun auch im sozio-

kulturellen Boden der ehemaligen DDR Wurzeln schlagen und in vergleichbarer Weise tatsächlich funktionieren, wie wir es in der Bundesrepublik mit ihrem ausgebauten System verbandlich vermittelter gesellschaftlicher Selbstregulierung gewohnt sind. Wenn solche Institutionen sich mit Leben füllen statt dahinwelken und schließlich verdorren sollen, dann ist Voraussetzung dafür, daß sie von ihrer jeweils spezifischen gesellschaftlichen Basis her als sinnvolle und zweckmäßige Einrichtungen anerkannt werden. Sie müssen aufsitzen auf Traditionen, Routinen, Erwartungen. Erfahrungen und Qualifikationen, die mit der Einrichtung der Institution selbst nicht automatisch miterzeugt werden.“ (C. Offe, 1991, S. 79)

Offe hat frühzeitig die alarmierende Prognose verkündet, „daß das transplantierte Gewebe der westdeutschen Institutionen in der ehemaligen DDR auf soziokulturelle Unverträglichkeitserscheinungen, ja Abstoßungsreaktionen stoßen könnte.“ Dabei ließ er sich von der Annahme leiten, daß im Falle der Ex-DDR dieser informelle sozio-kulturelle Unterbau, der für eine effektive Funktionsweise der „formalen Organisationen kollektiven Handelns“ erforderlich ist, „nicht nur nicht vorhanden ist, sondern durch die aktuellen wie die langfristig sedimentierten Erfahrungen und Einstellungen der Bevölkerung in seinem Entstehen behindert wird. Schiffe fahren nur in Gewässern ausreichender Tiefe: die Befürchtung drängt sich auf, daß die in DDR-Gewässer vorgestoßenen institutionalisierten Schiffe der BRD dort trockenfallen oder sich festfahren werden.“ (C. Offe, 1991, S. 80)

Der bisherige Verlauf des sozialen Umbruchs im Osten hat Offes Vermutung eher bestätigt als widerlegt. Das zeigen die sozialen Verwerfungen und destruktiven Kompensationsphänomene in den neuen Bundesländern: Rechtradikalismus und Ausländerhaß, die Zunahme von Gewalt und Kriminalität, die kulturelle Erosion im „Leseland DDR“, Tendenzen einer konsumtiven Wohlstandsbeschaffungspsychose, Phänomene einer passiven Verweigerung gegenüber Herausforderungen und Chancen, die die neue Gesellschaft bringt, etc. (vgl. H. Poldrack, 1992, S. 66f.)

Der strukturelle Umbau droht ins Leere zu greifen, solange er nicht von einer breiten sozialen Erneuerungsbewegung der Ostdeutschen getragen und mitgestaltet wird. Die zentrale Frage, die sich in der gegenwärtigen kritischen Phase des Transformationsprozesses stellt, ist daher nicht: Wie kann der Strukturwandel forciert werden, sondern vielmehr

- welche produktiven und innovativen Chancen birgt der (unvermeidliche) Widerspruch zwischen institutionellem System und überkommenen Verhaltensdispositionen?
- Wie können die kulturellen Potenzen und sozialen Energien der Ostdeutschen erhalten, reaktiviert und mobilisiert werden?
- Welche Rahmenbedingungen bzw. infrastrukturellen Nachbesserungen sind hierfür erforderlich?

Ohne ein entsprechendes Potential sozialer Selbstorganisation (eine „kritische Masse“ bodenständigen gesellschaftlichen Engagements) kein Aufschwung Ost. Soziale Selbstorganisation meint dabei nicht nur das sozialökonomische Selbst-Unternehmertum,

sondern vor allem auch das freiwillige Engagement im Sinne der „Selbsthilfe (aus Selbstbetroffenheit) und der Selbsthilfe aus (solidarischer) Fremdbetroffenheit“ (vgl. J. Braun/M. Opielka, 1992, S. 7).

Dieses bürgerschaftliche Engagement konstituiert ganz wesentlich jenen informellen kulturellen Unterbau mit, der für ein effektives Funktionieren der neuen Institutionen des Sozialstaates notwendig ist.

Thesen zur Rolle von sozialer Selbsthilfe (bürgerschaftlichem bzw. freiwilligem Engagement) im Transformationsprozeß

1. Der soziale Umbruch im Osten konfrontiert die Selbsthilfeentwicklung und -förderung mit einer neuen Herausforderung: Wie kann nach dem Zerfall eines gesellschaftlichen Systems, in dem öffentliche Formen der sozialen Selbstorganisation jahrzehntelang kaum bzw. zumindest nicht so wie im Westen trainiert werden konnten, das selbstbestimmte und selbstverantwortliche Engagement der Bürger entfaltet und gefördert werden?

2. In der DDR-Gesellschaft gab es soziale Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement - als Potential und als Realität. Denn auch das Leben der Menschen in der DDR war dadurch geprägt, daß man sich bei der Bewältigung von Lebensproblemen über den engen beruflichen und partnerschaftlichen bzw. familialen Kreis gegenseitig half oder sich mit öffentlichen Aufgaben identifizierte und hierzu seinen freiwilligen Beitrag leistete (vgl. Ch. von Ferber, 1992, S. 10).

3. Auch in der DDR entfaltete sich das bürgerschaftliche Engagement der Bürger im Kontext unterschiedlicher Einflußgrößen: als Ausprägungsform des politischen Systems (a) und als Moment der kulturgeschichtlichen Tradition (b). In anderen Worten, das bürgerschaftliche Engagement, das sich in der DDR entwickelte, war sowohl systempolitisch formiert als auch kulturgeschichtlich vorgeprägt.

a) Das DDR-Regime war - wie jedes Regierungssystem - auf das Engagement seiner Bürger angewiesen. Die Förderung und Mobilisierung von massenhaften freiwilligen Aktivitäten zur Stärkung der sozialistischen Gesellschaft war sogar ein Kernelement der staatlichen Sozial- und Erziehungspolitik. Diesem Zweck sollten auch die verschiedenen Kampagnen („Max braucht Wasser“, „Schöner unsere Städte und Gemeinden“ etc.), Massenfeste (insbesondere der Freien Deutschen Jugend und des Sportverbandes) sowie Wettbewerbsformen (in den Schulen, Betrieben und Wohngebieten - z.B. um die „Goldene Eins“, verliehen der besten Hausgemeinschaft) dienen.

b) Das bürgerschaftliche Engagement, das in der DDR zum Tragen kam, wurzelte zu einem nicht unerheblichen Teil auch in der kulturgeschichtlichen Tradition des bürgerlichen

Deutschland, d.h. in traditionellen Werten und Verhaltensmustern, die spontan von Generation zu Generation weitergegeben werden. Die Tradition der ehrenamtlichen Mitarbeit in Verbänden, in politischen Organisationen, in der Gewerkschaft oder auf kommunaler Ebene, das Engagement in Sportvereinen, in Wohngemeinschaften oder in Kleinsparten (Schrebergärten) - all das wirkte in die DDR-Gesellschaft als ein eigenständiges kulturelles Moment hinein und konnte vom System vereinnahmt werden, auch wenn dies niemals vollständig gelang bzw. gelingen konnte.

4. Die Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement in der DDR läßt sich als ein Prozeß der staatssozialistischen Formierung kulturgeschichtlich überlieferter Engagementpotentiale begreifen, der in den fast vierzig Jahren Engagementmuster hervorgebracht hat, in denen sich kulturell tradierte Werte mit einer sozialistischen Mentalität durchmischt und verbunden haben. Man kann daher davon ausgehen, daß auch typische DDR-Muster des bürgerschaftlichen Engagements ein kulturgeschichtliches Moment enthalten, das nach dem Umbruch aktivierbar ist.

5. Im Hinblick auf den Grad der sozialen Organisiertheit lassen sich zwei kulturelle Grundtypen von bürgerschaftlichem Engagement unterscheiden:

a) der institutionelle Typ: Darunter fallen all jene Formen von ehrenamtlicher Aktivität, die sich unter dem Dach bzw. im Rahmen formaler Organisationen entfalten - in Verbänden, Vereinen, Parteien etc. Dieses Engagement ist institutionell eingebunden und mehr oder weniger von Bedürfnissen und Strukturen der jeweiligen Organisation geprägt.

b) der informelle bzw. nichtinstitutionelle Typ: Damit sind alle jene Formen von bürgerschaftlichem Engagement gemeint, die sich im Kontext informeller sozialer Netzwerke entwickeln - in traditionellen Gemeinschaftsformen (wie Wohngemeinschaften, Nachbarschaftskommunen) oder in modernen selbstgeschaffenen Zusammenschlüssen wie den Selbsthilfegruppen von Betroffenen oder Initiativgruppen der Bürgerbewegung. Dieses Engagement entfaltet sich in einer personalen Kommunikationssituation und wird mehr von den Eigeninteressen der Gemeinschaftsmitglieder bestimmt.

6. Diese Grundtypen erfuhren unter den staatssozialistischen Rahmenbedingungen der DDR eine systemspezifische Ausprägung.

a) Da das politische System der DDR darauf aus war, durch eine flächendeckende Institutionalisierung und staatstragende Formierung aller Lebensbereiche, die sozialen Aktivitäten der Bürger zu mobilisieren und zu kontrollieren, geriet das institutionelle Engagement in das Zentrum der Herrschaftspolitik. Daher war der Typ des institutionellen Engagements in der DDR nicht nur überrepräsentiert, sondern wurde auch staatlich dominiert bzw. monopolisiert. Er existierte massenhaft in Gestalt des staatsinstitutionellen

Engagements. Wenn es in der DDR Bereiche des institutionellen Engagements gab, die sich dem Einfluß von Staat und Partei weitgehend entzogen, so waren sie vornehmlich unter dem Dach der Kirche zu finden, der einzigen (einigermaßen) staatsunabhängigen Institution.

b) Die Bereiche der informellen Selbsthilfe waren dem Zugriff und Formierungsdruck des Staates weit weniger zugänglich. Das trifft auch auf die sozialen Aktivitäten in den Wohngebieten und Nachbarschaftsgemeinschaften zu, auch wenn diese Sphäre ebenfalls von staatstragenden Institutionen (vor allem den Wohnparteiorganisationen der SED, des Demokratischen Frauenbundes, der Volkssolidarität, des Kulturbundes) durchsetzt war. Tendenzen eines selbstbestimmten, sich nach außen abschottenden solidarischen Gemeinschaftslebens nahmen sogar zu.

Die SED, der dieses staatsparteiliche Einflußdefizit nicht entgangen war, versuchte Ende der 70er Jahre mit ihrem Beschluß zur Entwicklung der massenpolitischen Arbeit in den Wohngebieten, dieser Entwicklung zu begegnen, jedoch ohne Erfolg.

Im Rahmen des autoritär-zentralistischen Systems wirkte das informelle Engagement auch als kompensatorisches Gegengewicht gegenüber den mehr verordneten und normierten Aktivitäten im staatsinstitutionellen Bereich, allerdings nicht im Sinne eines aktiven sozialen oder politischen Widerstandes (solche Ansätze konnten sich dauerhaft nur unter dem institutionellen Schutz der Kirche entwickeln), sondern als Rückzug in Zonen, wo man sich dem staatlichen Einfluß entziehen und freier entfalten konnte - in der Nischensituation. Diese war ein Reflex auf die staatliche Überrepräsentanz und bezieht ihren Sinn - so darf man vermuten - vor allem aus diesem Kontext. Man darf deshalb erwarten, daß sich nach dem Zusammenbruch der DDR auch die DDR-geprägten Nischengemeinschaften auflösen oder zumindest stark verändern werden.

7. Gesellschaftliche Modernisierungsprozesse erzeugen Selbsthilfebedarf und schließen Wandlungen auf dem Feld der Selbsthilfe bzw. des ehrenamtlichen Engagements ein. Dieser Zusammenhang wurde bislang vornehmlich in Bezug auf die Entwicklung in den westlichen Wohlfahrtsdemokratien festgestellt und thematisiert (vgl. z.B. T. Olk, 1987; S. Müller/T. Rauschenbach, 1988; G. Jacob, 1991). Hierbei handelt es sich um eher evolutionäre Veränderungen im Rahmen eines relativ stabilen politischen Systems.

Im Kontext der Systemtransformation im Osten erhält dieser Zusammenhang jedoch eine neue Dimension und Schärfe:

a) Der Systemumbruch beinhaltet eine gravierende Umschichtung und Umstrukturierung des Feldes ehrenamtlicher Tätigkeit/Selbsthilfe, die sich in Bezug auf Tempo, Umfang und Folgen von dem mehr evolutionären Engagementwandel in den alten Bundesländern unterscheidet.

Was sich im Osten rapide verändert bzw. zersetzt, das sind nicht nur einzelne Komponenten, sondern die Sinnbezüge und das gesamte Gefüge, in dem ehrenamtliches Engagement jahrzehntelang sozialisiert und formiert wurde:

- die makrogesellschaftlichen Rahmenbedingungen;
- die gesamte Infrastruktur;
- die Felder für bürgerschaftliches Engagement;
- das System der Förderung und Anerkennung;
- identitätstragende Milieus und Gemeinschaftsformen;
- sinnstiftende Werte, Ziele und Leitbilder.

b) Die Systemtransformation erzeugt rasch einen großen und spezifischen Bedarf nach Selbsthilfe/bürgerschaftlichem Engagement, der sich vor allem ergibt aus den

- Erfordernissen einer ehrenamtlichen und engagierten Mitarbeit der Bürger beim Aufbau bzw. im Rahmen des neuen Sozial- und Gesundheitssystems.
- Umbruchschäden: Erscheinungen sozialer Entwurzelung, die aus dem Zusammenbruch der tradierten Arbeits- und Lebenswelt erwachsen; die schockartige Konfrontation mit sozialen Phänomenen, die bislang außerhalb der unmittelbaren Erfahrungswelt des „gelernten DDR-Bürgers“ lagen: die Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, die Undurchsichtigkeit des neuen Rechts- und Verwaltungssystems, Kriminalität und Gewalt, die Ellenbogenmentalität, der Umgang mit Unsicherheit und Risiken als Lebensprogramm etc.

Daher ist zu erwarten, daß die Selbsthilfe-problematik in den neuen Bundesländern zumindest insofern ein eigenes Profil aufweist, als hier zunächst auch solche Konflikte im Mittelpunkt stehen, die sich mit der schwierigen Integration in die neue Ordnung ergeben.

Umbruchverlusten: Solche, die durch die Entwertung oder Passivierung von Menschen(gruppen) entstehen, insbesondere jener, die in der DDR zum sozial aktivsten Teil der Gesellschaft zählten und über entsprechende Erfahrungen und Kompetenzen in der ehrenamtlichen Tätigkeit verfügen. Aber auch Verluste, die aus der vorschnellen Abwicklung von DDR-generierten Förderstrukturen resultieren, die erhaltenswert sind oder zumindest für eine bestimmte Übergangszeit sinnvoll wären, um die Reorganisation und Reaktivierung von Selbsthilfe zu befördern.

Sollten sich die Umbruchverluste und -schäden nicht begrenzen lassen, dann stünden die neuen Bundesländer vor dem Dilemma, mit einem geschrumpften ehrenamtlichen Engagementpotential ein - im Vergleich zu den alten Bundesländern - weitaus brisanteres soziales Konfliktfeld bearbeiten zu müssen. Man braucht kein Prophet zu sein, um für diesen

Fall Selbsthilfedefizite zu prognostizieren, die den Verlauf der Transformation erheblich stören könnten.

8. Bei der Reorganisation und Neuformierung der Selbsthilfe in den neuen Bundesländern handelt es sich um den Prozeß einer nachholenden Modernisierung. Aber dieser wird sich nicht im Sinne einer einfachen, verkürzten Wiederholung der entsprechenden Vorgänge in den alten Bundesländern vollziehen, sondern vermutlich neuartige Probleme und Verlaufsmuster zeitigen.

a) In der Alt-BRD entwickelte sich die Selbsthilfe (als „Hilfe für sich oder für andere in freiwilligen Gemeinschaften“; J. Braun/M. Opielka, 1992, S. 19) im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Neuaufbau und der demokratischen Umgestaltung nach dem Krieg sowie dem forcierten Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates in den 70er und 80er Jahren. Sie konnte sich dabei in der Tradition von bürgerschaftlichem Engagement und sozialpolitischen Selbsthilfeformen der Weimarer Republik formieren (vgl. J. Braun/M. Opielka, 1992, S. 23). Wandel durch Kontinuität prägte hier die Entwicklung der Selbsthilfeszene.

Das trifft auch auf die neue Selbsthilfebewegung zu, die sich im Kontext der entwickelten westdeutschen Wohlfahrts- und Dienstleistungsgesellschaft reaktiv auf bürokratische und professionelle Dominanz sowie innovativ in der Besetzung von eigenen Domänen (z.B. die Überwindung von Sinnkrisen bei einschneidenden Lebensereignissen wie Behinderung, Krankheit oder Arbeitslosigkeit) herausbildete (vgl. ISAB 1992, S. 9; J. Braun/M. Opielka, 1992, S. 24f.).

b) In den neuen Bundesländern befinden sich Selbsthilfe/bürgerschaftliches Engagement in einer grundsätzlich anderen Ausgangslage.

Sie sind mit Zerfallsfolgen der DDR-Gesellschaft (des sozialistischen Sozial- und Gesundheitssystems) konfrontiert, d.h. auch mit dem Zusammenbruch ihrer staatstragenden Infrastruktur, in der ein Großteil des ostdeutschen Engagementpotentials eingebunden und codiert war.

Die Selbsthilfe steht hier in keiner ungebrochenen Tradition zu sozialen Selbsthilfeformen der bürgerlichen (Vorkriegs-)Gesellschaft, sondern muß durch Menschen gestaltet werden, die in ihren Einstellungen und Verhaltensmustern durch das staatssozialistische System geprägt wurden. Die Engagement-Mentalitäten, die sich hierbei herausgebildet haben, werden nicht von heute auf morgen verschwinden, sondern als eine Art sozio-kulturelle Erblast fortwirken - entweder aktiviert oder demotiviert.

Sie sieht sich auch nicht einem ausdifferenzierten professionellen Wohlfahrtssystem gegenüber, sondern hat es mit Unzulänglichkeiten oder sozialen

Unverträglichkeitserscheinungen einer im Aufbau befindlichen sozialstaatlichen Infrastruktur zu tun.

Damit stellen sich andere Probleme:

- Wie kann das ehrenamtliche Sozialhilfepotential (der DDR) in den Aufbau der neuen Institutionen integriert werden?
- Wie lassen sich Engagementverluste im Transformationsprozeß begrenzen bzw. wie gelingt es, das unter DDR-Verhältnissen hervorgebrachte und sozialisierte Engagementpotential zu reorganisieren und zu aktivieren?
- Welche innovative Stärke und Potenz hat die Selbsthilfe hier in der Besetzung von eigenen und neuen Domänen angesichts der strukturellen Defizite und einer länger nachwirkenden DDR-Mentalität?
- Über welche mentalen/habituellen Ressourcen verfügen die Ostdeutschen, um sich unter den neuen Verhältnissen sozial selbständig zu organisieren und selbst helfen zu können? Bringen sie in die Vereinigung mehr eine Versorgungs-, Anspruchs- und Sicherheitsmentalität ein? Sind sie in der DDR ihrer Initiative und Selbständigkeit beraubt worden? Oder verfügen sie auch über eine spezifische solidarische Selbsthilfementalität?

1.2 Forschungssituation und Zielsetzung

Die Selbsthilfe- bzw. Engagementlandschaft in den neuen Bundesländern befindet sich nicht nur in einem schwer abschätzbaren Umbruch, sie ist derzeit eine terra incognita. Aussagekräftige empirische Befunde zur Gesamtsituation liegen noch nicht vor. Es fehlen repräsentative Erhebungen zum bürgerschaftlichen Engagement in der DDR. Die einschlägige Literatur berührt das Thema zumeist nur punktuell oder ist nicht frei von einseitigen Ideologismen bzw. Klischees.

So gibt es zwar empirische Daten zum Stellenwert der gesellschaftlichen Tätigkeit im Wertespektrum der DDR-Bürger (siehe Kapitel II), sie beziehen sich jedoch vornehmlich auf das staatstragende Engagement und geben wenig Auskunft über subjektiv-biographische Hintergründe. Es gab Ansätze zur empirischen Erforschung der ehrenamtlichen Kulturarbeit in der DDR, die allerdings wenig Aufschluß über kritische Gesamttendenzen der ehrenamtlichen Tätigkeit geben (vgl. z.B. J. Schlesinger 1986/1986a; H. Soult 1985/1988).

In den Archiven der PDS sind umfangreiche Materialien eingelagert, die die massenpolitische bzw. politisch-ideologische Arbeit der SED dokumentieren und bislang größtenteils unerschlossen sind (ähnliches trifft auf die Archive der Blockparteien zu), aber dieses Material enthält kaum aussagekräftige empirische Befunde und ist zudem stark von

Wunschvorstellungen und der Herrschaftsoptik dieser Partei geprägt, sein wissenschaftlicher Wert scheint deshalb gering zu sein.

Seit Mitte der 80er Jahre wurde in der DDR zwar eine Diskussion zum Problem der Selbsthilfegruppen geführt, die sich jedoch im wesentlichen auf die gesundheitsbezogene Selbsthilfe beschränkte (vgl. B. Seidenstücker 1991; R. Schulz 1990; J. Muskulus 1990; P. Haase 1989; L. Drees 1986; V. Kielstein 1986; K. Schmitz 1986).

Wer derzeit den Versuch unternimmt, das Feld des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern in Bezug auf seinen historischen Ursprung (DDR) und seine Perspektiven zu analysieren und zu bewerten, begibt sich auf ein unsicheres Terrain. Das liegt nicht nur daran, daß die Phänomene bislang empirisch wenig erforscht sind, sondern resultiert auch - abgesehen von den alten und neuen ideologischen Klischees, die die Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit erschweren - aus einem methodologischen Defizit. Das sozialwissenschaftliche Verständnis von Selbsthilfe bzw. von bürgerschaftlichem Engagement, von dem wir uns heute im allgemeinen leiten lassen, ist schließlich aus der Untersuchung entsprechender Prozesse und Erscheinungen in den modernen westlichen Demokratien hervorgegangen. Es ist fraglich, ob dieses Verständnis ausreicht, um wirklich zu begreifen, wie und unter welchen Bedingungen sich Menschen in einem staatssozialistischem System solidarisch unterstützt oder für öffentliche Belange engagiert haben.

Beurteilt man das, was sich in der DDR an bürgerschaftlichem Engagement entfaltet hat, streng nach dem westlichen Selbsthilfemaßstab (Selbständigkeit, Freiwilligkeit, Autonomie, Selbstorganisation, Subsidiarität etc.), dann wird man kaum fündig. Man kann dann schnell zu der Ansicht kommen, daß sich im öffentlichen gesellschaftlichen Leben der DDR soziale Selbsthilfe oder bürgerschaftliches Engagement nicht herausbilden konnten, weil: alle Formen der sozialen Selbstorganisation jahrzehntelang unterdrückt wurden; der Selbsthilfegedanke weder bekannt war noch trainiert werden konnte, Selbsthilfegruppen überhaupt verboten waren. Wenn es also in der DDR so etwas wie Selbsthilfe geben konnte, dann nur sehr eingeschränkt und marginal unter dem Dach der Kirche, in der sozialen Nische oder im oppositionellen Untergrund.

Was ist aber dann mit jenen Menschen, die sich auf kommunaler Ebene oder im Rahmen gesellschaftlicher Organisationen ehrenamtlich und oft auch aufopferungsvoll für die Lösung öffentlicher Probleme, für den Aufbau der DDR-Gesellschaft, für die Unterstützung älterer oder behinderter Mitbürger einsetzten? Was ist mit jenen sich selbst helfenden Patientengruppen, die an das staatliche Gesundheits- und Sozialwesen angekoppelt waren (vgl. J. Muskulus 1990; R. Schulz 1990/1990a)? Soll dieses Engagementpotential von vornherein, nämlich per Definition, ausgegrenzt werden?

Um zu verstehen, wie und warum sich Menschen in der DDR engagiert haben und über welche sozialen Kompetenzen sie verfügen, erweist sich u.E. ein systemimmanenter Ansatz als zweckmäßiger. Es bringt nichts, die DDR-Gesellschaft im nachhinein am Standard der Alt-BRD zu messen und vergeblich nach einer westlichen Selbsthilfebewegung zu suchen, die es hier nicht geben konnte. Man sollte vielmehr offen dafür sein, in der DDR eine andere Selbsthilfekultur zu finden, anders strukturiert als die westliche, mit anderen Sinn- und Gemeinschaftsbezügen. Dann stellt sich auch die Transformationsfrage anders: nicht primär als Problem der Transplantation des Selbsthilfeprinzips, sondern mehr als Frage nach Ansatzpunkten für die Reorganisation und Aktivierung der DDR-geprägten Engagementkultur.

Die vorliegende Studie will einen Beitrag zur Problematisierung und Erkundung des neuen Forschungsfeldes - Umbruch und Formierung von bürgerschaftlichem Engagement/sozialer Selbsthilfe in den neuen Bundesländern - leisten. Das betrifft vor allem folgende Aspekte:

- Erhellung von Phänomenen, Eigenarten und Strukturen, in denen sich bürgerschaftliches Engagement in der DDR manifestiert bzw. entfaltet hat;
- Ermittlung generationsspezifischer biographischer Typen von bürgerschaftlichem Engagement vor und nach der Wende;
- Analyse und Interpretation von Engagementprofilen im Transformationskontext;
- Abschätzung von Chancen und Risiken bürgerschaftlicher Engagementpotentiale in Bezug auf ihren Zusammenhang mit dem DDR-System und ihre Situation im gesellschaftlichen Umbruch.

1.3 Methoden

Die Ergebnisse der Studie wurden im Zusammenspiel von theoretischer Analyse und qualitativ-empirischer Vorgehensweise (leitfadenge-stützte, biographische Interviews) gewonnen (vgl. Ch. Hopf 1991). In Anbetracht der Breite der Problemstellung und der knapp bemessenen Zeit, die zur Verfügung stand, erwies sich diese Kombination von Hypothesenbildung und qualitativ-empirischer Untersuchung als effektiv und zweckmäßig. Die Vorgehensweise selbst ist allerdings so neu nicht und hat sich z.B. in der modernen Wissenschaftsforschung in Gestalt der von J.B. Conant entwickelten und von Th.S. Kuhn weitergeführten „historical case studies“ längst etabliert (vgl. J.B. Conant 1947; Th.S. Kuhn 1973).

Der Autor war sich jedoch der Gefahren, die mit einer solchen Vorgehensweise verbunden sind (die Verzerrung der Interviews durch theoretische Vorannahmen), durchaus bewußt und bestrebt, solche Störeffekte auszuschalten bzw. zu minimieren. So wurden die Befragungen weder im Lichte vorab konstruierter Engagementtypen inhaltlich strukturiert, noch einem strengen „Leitfadendiktat“ unterworfen, sondern relativ frei und narrativ gehalten.

Leitfadenorientierte, biographische Interviews

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Moment kollektiver bzw. individueller Biographien und muß letztlich auch in diesem Kontext verstanden und erforscht werden. Das trifft insbesondere für soziale Umbruchsituationen zu, wenn das überkommene biographische und soziale Gefüge, in dem soziale Aktivitäten eingebunden sind, erschüttert und reorganisiert wird, wenn soziale Netzwerke zerreißen, bisherige Wertvorstellungen und (kollektivistische) Ideale ihre Bedeutung verlieren oder bewährte biographische Handlungsmuster entwertet und diskreditiert werden. In einer solchen diffusen und offenen Situation sind qualitative Interviews ein probates Mittel, um den Engagement(wandel) in seinen subjektiven Sinnbezügen und seiner biographischen Relevanz zu decodieren.

Mit dem Einsatz dieser Methode war es natürlich nicht möglich, empirische Aufschlüsse über quantitative Aspekte der Umstrukturierung auf dem Feld des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern zu erhalten. Entsprechende quantitative Untersuchungen, wie sie zur Situation in den alten Bundesländern bereits vorliegen (vgl. z.B. D. Engels 1991) stehen hier noch aus.

Das Erkundungsfeld: soziales freiwilliges Engagement

Die Begriffe soziales Engagement/bürgerschaftliches Engagement/soziale Selbsthilfe werden von uns synonym gebraucht, wie dies auch von einer Anzahl Autoren in den alten Bundesländern getan wird (vgl. z.B. J. Braun/M. Opielka 1992; D. Engels 1991). Wir verstehen darunter jene Aktivitäten, die

- freiwillig, unentgeltlich bzw. ehrenamtlich verrichtet werden (was Aufwandsentschädigungen nicht ausschließt),
- sich durch ein Mindestmaß an Organisiertheit bzw. sozialer Einbindung auszeichnen und
- nicht nur dem einzelnen oder seiner Familie, sondern auch Dritten bzw. der Allgemeinheit zugute kommen sollen.

Mit diesem Verständnis lassen sich recht gut jene Aktivitäten und gemeinschaftlichen Organisationsformen erfassen, die im offiziellen Sprachgebrauch der DDR mit „gesellschaftlicher Tätigkeit“, „politischer Aktivität“ oder „ehrenamtlicher Arbeit“ bezeichnet wurden, aber auch jene, die als solidarische Hilfe im Rahmen von Wohn- und Nachbarschaftsgemeinschaften abliefen, die sich in der Nischensituation (z.B. auch in Form von gesundheitlichen Selbsthilfegruppen) oder als (oppositionell-)bürgerschaftliches Engagement unter dem Dach der Kirche entfalteten. Dieses differenzierte Engagementfeld ist zwar in sich heterogen und DDR-spezifisch dimensioniert, aber mit Phänomenen der sozialen Selbsthilfe

oder des bürgerschaftlichen Engagements in den alten Bundesländern kompatibel und vergleichbar.

Hypothetische Engagementstypen

Für die Befragung und die Interpretation der Interviews wurden zwei abstrakte Raster konstruiert:

A. Das Verlaufsraster

Damit sollen - in Korrelation zum sozialen Umbruch - abstrakte Verlaufstypen von bürgerschaftlichem Engagement ermittelt werden:

- Menschen, die sich vor und nach der Wende (mit etwa gleicher Intensität) engagieren;
- Menschen, die sich vor der Wende nicht oder kaum engagieren und nach der Wende sozial aktiv werden (das Phänomen des Engagementschubs);
- Menschen, die sich vor der Wende sozial engagieren und nach der Wende sozial inaktiv werden (das Phänomen des Engagementabbruchs);
- Menschen, die sich weder vor noch nach der Wende sozial engagieren.

B. Das Systemraster:

Damit soll das bürgerschaftliche Engagement in seiner abstrakten Grundbeziehung zum makro-sozialen System (dem DDR-Staat) typisiert werden: Verhält man sich dem politischen System gegenüber affirmativ/loyal oder ablehnend?

Demnach lassen sich zwei Systemtypen von bürgerschaftlichem Engagement unterscheiden:

- Menschen, die in ihrem bürgerschaftlichen Engagement das politische System akzeptiert und unterstützt haben - der staats- bzw. systemtragende Typ; zumeist im staatsinstitutionellen Bereich aktiv;
- Menschen, die sich dem politischen System verweigern, entziehen oder aktiven Widerstand leisten - der nichtstaats- bzw. nichtsystemtragende Typ; zumeist im außerstaatlichen Bereich, im informellen Kontext (Nischensituation) oder im oppositionellen Milieu aktiv.

Für die Relevanz dieser Typisierung sprechen aber vor allem zwei Annahmen:

a) Insbesondere in einem zentralistischen, autoritärem Regime, wie es die DDR-Gesellschaft darstellte, sind die Bürger herausgefordert, sich gegenüber dem Staat zu definieren und werden daher stärker - so oder so - durch die makro-sozialen Rahmenbedingungen geprägt.

b) In Phasen des politischen Systemwechsels wird das bürgerschaftliche Engagement der Menschen entscheidend von der früheren Systembindung und -prägung bestimmt.

Man kann nun weiter annehmen, daß sich die beiden Typen nicht nur im Hinblick auf ihr Verhältnis zum Staat/System unterscheiden, sondern auch in ihrem Werte- und Kompetenzprofil.

Der staatstragende Typ

Rahmenbedingungen: Das bürgerschaftliche Engagement ist zumeist in vorgegebene Strukturen eingebunden und einem äußeren Normierungsdruck ausgesetzt.

Kompetenzen/Werte: Engagement als Dienst- und Pflichterfüllung; darauf geeicht, gesellschaftliche Aufträge anzunehmen und (unter persönlichen Opfern oder Vorteilen) umzusetzen;

Pflichtgefühl, Disziplin, Gehorsam als ethische Grundlagen des bürgerschaftlichen Engagements; eine ausgeprägte soziale Verantwortung für öffentliche Belange (ein bürgerschaftliches Engagementprofil) und solidarische Fremdhilfe;

Fähig und bereit, sich innerhalb formaler, hierarchischer Ordnungen ehrenamtlich zu betätigen; aber vermutlich Mangel an Eigeninitiative, Selbständigkeit und Durchsetzungsvermögen unter Konkurrenzbedingungen einer modernen Gesellschaft.

Der staatstragende Typ würde damit ein sehr markantes Segment des ostdeutschen Engagementpotentials repräsentieren:

- die Mehrheit der älteren Generation (der über Dreißigjährigen), die sich in den institutionellen Normalbereichen der DDR-Gesellschaft engagiert hat (siehe Kapitel II);
- jene große Gruppe, die ein eher konventionelles Werteprofil aufweist: Pflicht, Disziplin, Ordnung, hierarchische Verantwortung; codiert in einer stark ausgeprägten DDR-Mentalität; kurz: die „deutschesten Deutschen“.

Der nicht-staatstragende Typ

Rahmenbedingungen: Die sozialen Aktivitäten sind in der Regel in selbstgeschaffene oder informelle soziale Netzwerke eingebunden und entfalten sich mehr im Widerstreit bzw. in der Ablehnung von gesellschaftlicher Kontrolle und Normierung.

Kompetenzen/Werte: Engagement als Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung; geringere Bereitschaft und Fähigkeit zur ehrenamtlichen Mitarbeit in hierarchischen Ordnungen; eine schwächer ausgeprägte Disposition zu sozialer Fremdhilfe und staatsbürgerlichem Engagement (im formalen Kontext).

Eigeninitiative und Selbständigkeit als Grundwerte einer selbstbezogenen Selbsthilfementalität; größeres Durchsetzungsvermögen unter Konkurrenzbedingungen moderner Gesellschaften.

Die informelle Variante des nichtstaatstragenden Typs würde ein weiteres markantes Segment des ostdeutschen Engagementpotentials darstellen: eine Mehrheit der jüngeren Generation (der unter Dreißigjährigen), die sich nicht mehr in traditionellen, formalen Strukturen, sondern vielmehr in selbstgeschaffenen, informellen Gemeinschaften zu verwirklichen sucht und bereits stärker vom Individualisierungsschub erfaßt ist; die ostdeutschen Trendsetter des modernen Wertewandels (siehe Kapitel 2).

Man kann nun weiter vermuten, daß die oben skizzierten Engagementtypen im sozialen Systemumbruch mit unterschiedlichen Chancen und Risiken konfrontiert sind.

Der nicht-staatstragende Typ wird aufgewertet und aktiviert

Seine frühere Distanz zum DDR-System wird moralisch und politisch legitimiert. Seine Werte und Kompetenzen (Eigeninitiative, Selbständigkeit, Selbstverwirklichung) werden bestärkt und stimuliert, denn durch den sozialen Umbruch werden jene Rahmenbedingungen beseitigt, die seiner Entfaltung bisher enge Grenzen setzten. Es entstehen eigentlich erst jene öffentlichen Handlungsfelder, die sein Engagementprofil favorisieren.

Das kritische Moment: Sind jene Kompetenzen, die in Nischensituationen einer autoritären Gesellschaft erworben wurden, ausreichend, um die neuen öffentlichen Felder bürgerschaftlichen Engagements kompetent zu besetzen?

Der staatstragende Typ wird entwertet und passiviert

Seine frühere affirmative Nähe zum DDR-System wird moralisch und politisch diskreditiert. Sinn und gesellschaftliche Bedeutung seines früheren Engagements werden plötzlich in Frage gestellt. Seine sozialen Kompetenzen - geeicht für das Verhalten im Rahmen vorgegebener autoritärer Strukturen - erfahren eine drastische Entwertung. Er wird zudem mit Herausforderungen konfrontiert, die jene Verhaltensdispositionen favorisieren, über die er nicht oder kaum zu verfügen scheint: Selbständigkeit, Selbstverantwortung, Selbstverwirklichung.

Das kritische Moment: Die Umbruchsentwertung des staatstragenden Typs beschwört die Gefahr einer massenhaften Ausgrenzung bzw. Deaktivierung von Menschen, deren Werte und Kompetenzen (Pflicht- und Dienstleistung, ehrenamtliche Mitarbeit in formalen Organisationen, staatsbürgerliche Verantwortung, solidarische Fremdhilfe) auch für die neue Gesellschaft von Interesse sind.

Leitfragen

Für die Interviews wurde ein Leitfaden ausgearbeitet, mit dem folgende Grunddimensionen erfaßt werden sollen:

- Bereich, Handlungsfelder und Systemeinbindung des Engagements in der DDR,
- Biographischer Kontext, Motive und Sinngehalt des Engagements vor und nach der Wende,
- Bereich, Handlungsfelder und soziale Einbindung des Engagements nach der Wende,
- Einfluß des sozialen Umbruchs auf das Engagementverhalten, einschließlich der Frage, welche Rolle das soziale Aktivitätspotential im Prozeß der individuellen Umbruchbewältigung spielt.

Die befragte Personengruppe

Für die Gespräche wurden vornehmlich Personen aus der Generation der über Dreißigjährigen ausgewählt, die zumindest folgende Engagementbereiche der DDR-Gesellschaft zugänglich machen sollten:

- Aktivitäten im systemnahen bzw. staatstragenden Raum;
- Aktivitäten außerhalb der staatstragenden Institutionen, d.h. im Rahmen der Kirche, im oppositionellen Milieu, in der Nischensituation.

Die Generation der Älteren ist für den Zweck unserer Untersuchung vor allem deshalb interessant, weil sie jene soziale Gruppe repräsentiert,

- deren Biographie am nachhaltigsten und intensivsten durch das DDR-System geprägt worden ist,
- die aufgrund ihres Alters und ihrer DDR-Vergangenheit am stärksten von den Gefahren der Umbruchentwertung bedroht ist.

Wenn der Transformationsprozeß das Risiko einer massiven Demotivierung von Menschen einschließt, die sich früher bürgerschaftlich und systemnah engagiert haben, dann liefert die Engagementbiographie der über Dreißigjährigen hierfür das „crucial example“.

2. Bemerkungen zum bürgerschaftlichen Engagement in den neuen Bundesländern vor und nach der Wende

2.1 Strukturen und Eigenarten des bürgerschaftlichen Engagements in der DDR-Gesellschaft

Das Klischee vom totalitären Staatssozialismus, in dem eine zentral gesteuerte Maschinerie alles Leben bis in den letzten Winkel beherrschte, kontrollierte und instrumentalisierte, wird weder dem DDR-System als solchem noch den widersprüchlichen und differenzierten Prozessen gerecht, die sich in ihm vollzogen. Ebenso irrig ist die Annahme, in der DDR-Gesellschaft habe sich, abgesehen von den wenigen Nischen (unter dem Dach der Kirche oder in den politisch neutralen Randzonen des Systems), keinerlei selbstbestimmtes, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement entfalten können.

So argumentiert Hans-Joachim Maaz in seinem jüngsten Buch: „In der DDR durfte es keine Selbsthilfegruppen geben. Die Staatsdoktrin besagte: In der DDR hat es keiner nötig, sich selber helfen zu müssen, denn der Staat sorgt für alle bestens. Dies war der typisch entmündigende Stil dieses Systems, das an keiner Stelle Selbstverantwortung und Eigenständigkeit seiner Bürger zuließ oder gar förderte...“ (Hans-Joachim Maaz, 1991, S. 134).

Es bringt wenig, wenn man das DDR-System nur aus der Perspektive seines eigenen Herrschaftsanspruchs beurteilt - da wäre Maaz vielleicht noch zuzustimmen. Man muß sich vielmehr mit der empirischen Realität dieser Gesellschaft auseinandersetzen. Dann wird man feststellen, daß es in der DDR so etwas wie Selbsthilfegruppen gab (vgl. z.B. R. Schulz 1990/1990a; B. Seidenstücker 1991). Dann zeigt sich aber auch, daß sich unter dem staats-

sozialistischen Dach vielerorts ein durchaus vielfältiges und eigenständiges Leben entfaltete, mitunter auch Umfeld staatsnaher Institutionen.

Die DDR teilte mit anderen Regierungssystemen nämlich auch die simple Tatsache, daß sich in ihr massenhaft auch solche sozialen Phänomene entwickelten, die gesellschaftlich nicht gefördert wurden, die herrschaftspolitisch nicht gewünscht waren, die teilweise sogar bekämpft und unterdrückt wurden.

Der spontane Wille nach einem eigenbestimmten und selbstgestalteten Leben wird sich vermutlich immer irgendwie dort manifestieren, wo Menschen in Gemeinschaften zusammenleben. Auch in Diktaturen. Die Frage ist allerdings, in welchen Mechanismen das abläuft, in welchen Formen das geschieht und in welchen Mentalitäten es sich äußert.

In einer autoritären, zentralistischen Gesellschaft werden gerade Phänomene wie Selbstbestimmtheit und Selbstregulation nicht so offen in Erscheinung treten (wie in einer modernen Demokratie), sondern mehr unter der Hülle offizieller Herrschaftsstrukturen oder im Verborgenen gedeihen. In solchen Systemen ist ein Großteil des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements in den autoritären Gesellschaftsstrukturen verschlüsselt. Man muß es in seiner verdeckten stillschweigenden Dimension decodieren. Wer sich dieser Mühe nicht unterzieht, wird das selbstgestaltende Potential dieser Gesellschaften leicht unterschätzen und verkennen.

Die Allgegenwart des Staates

Die DDR-Gesellschaft war mit einem dichten, verzweigten Netz von Institutionen (Parteien, Massenorganisationen, Verbänden, Vereinen, Klubs etc.) überzogen, das vom staatlich organisierten Apparat der SED beherrscht wurde. Dieses institutionelle Netzwerk bildete sozusagen die offizielle Infrastruktur, in der sich in der DDR bürgerschaftliches Engagement entfaltete. Sie erfaßte im Grunde alle Lebensbereiche: die Arbeits- und Wohnwelt, den gesamten Freizeitbereich, Kultur und Sport, das Jugendlieben etc. Insofern gab es in der DDR ein breites Feld vielfältiger Formen bürgerschaftlichen Engagements, die alle mehr oder weniger mit dem System verknüpft waren.

Im Prinzip sicherten alle gesellschaftlichen bzw. staatlichen Institutionen ihre Funktionsweise durch ehrenamtliche Helfer ab. Das Gesundheitswesen (Gesundheitshelfer, DRK = Deutsches Rotes Kreuz etc.), die Jugendhilfe und Fürsorge (Volkssolidarität etc.), die Schulen (Elternbeiräte, Pioniere, FDJ = Freie Deutsche Jugend etc.) und höheren Bildungseinrichtungen, der Sport- und Kulturbereich (durch eine Vielzahl ehrenamtlicher Trainer, die GST = Gesellschaft für Sport und Technik, durch Klubleiter, Leiter des künstlerischen Volksschaffens, Beauftragte für Denkmalpflege, Zirkelleiter von Arbeits- und Interessengemeinschaften etc.), das Rechtswesen (die Schöffen bei Gericht, die

Konfliktkommissionen in den Betrieben), sogar die Kaufhallen (sogenannte ehrenamtliche Kaufhallenbeiräte), mitunter auch die Campingplätze und nicht zuletzt auch der Sicherheitsbereich (die freiwilligen Helfer der Volkspolizei, selbst inoffizielle Mitarbeiter der Stasi könnte man dazu zählen)...

Diesem Netz konnte man sich nur schwer entziehen. Irgendwann kam jeder in seiner Biographie damit in Kontakt, sei es in der Schule, im Wohngebiet, auf der Arbeit oder in der Freizeit. Eine Unzahl von ehrenamtlichen (und natürlich auch hauptamtlichen) Funktionen war dabei zu besetzen. Der aktive typische DDR-Bürger hatte irgendwann einmal in seinem Leben irgendeine ehrenamtliche Funktion bekleidet. Bei den meisten war es mehr als eine, und die besonders Engagierten hatten ständig mehrere Funktionen inne. Das waren die ehrenamtlichen sozialistischen Multifunktionäre.

Die strukturelle Begegnung mit dem SED-Staat war also vorprogrammiert, denn ein jeder, der in der DDR lebte und arbeitete, kam auf die eine oder andere Weise mit den staatstragenden Engagementstrukturen in Berührung und mußte sich ihnen gegenüber artikulieren. Eine zentrale Rolle in diesem System der parteistaatlichen Kontrolle und Gleichschaltung bürgerschaftlichen Engagements spielten die sogenannten Massenorganisationen (FDJ, FDGB = Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, DFD = Demokratischer Frauenbund Deutschlands, DSF = Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft - zusammen mit den Blockparteien unter dem Dach der Nationalen Front zusammengefaßt), in denen der Parteieinfluß vor allem dadurch gesichert wurde, daß die entscheidenden Leitungsfunktionen auf allen Ebenen von SED-Genossen besetzt werden sollten.

Der gesellschaftlich engagierte und aufstiegsorientierte DDR-Bürger war in der Regel Mitglied in verschiedenen Massenorganisationen, zumindest des FDGB (über 90% der arbeitenden Bevölkerung), der DSF, oft auch des DTSB (Deutscher Turn- und Sportbund), der FDJ (falls jung genug) und des DFD (falls weiblich). Das galt insbesondere für die politische und geistige Elite des Landes. Wer die Erweiterte Oberschule (vergleichbar dem Gymnasium) besucht hatte, wer eine leitende Stellung in Industrie, Politik oder Wissenschaft wahrnahm, der wurde auch in der einen oder anderen Weise mit dem gesellschaftlichen Auftrag konfrontiert, sich mit seiner ganzen Kraft für die Interessen und Belange der DDR - und das war nach sozialistischer Lesart gleichbedeutend mit Staat/SED - zu engagieren. Wer A sagte, von dem wurde auch erwartet, daß er B sagte.

Das arbeitsweltzentrierte bürgerschaftliche Engagement

Der Hauptbereich, in dem man sich in der DDR sozial engagierte, war zweifelsohne die Arbeitswelt, der Betrieb. Hier hatte auch die SED den Schwerpunkt in ihrer Arbeit gesetzt. Im

Unterschied zu den anderen Blockparteien bildeten die Betriebsparteiorganisationen der SED das Rückgrat ihrer politischen Arbeit und Einflußnahme.

Die Arbeitskollektive waren zumeist geschlossen oder zumindest mehrheitlich als FDGB-Gruppen organisiert. Die Klassen in den Schulen waren oft mit den Pionier- oder FDJ-Kollektiven identisch; die Seminargruppen an den Universitäten konstituierten sich in der Regel als FDJ-Kollektive. Fälle von massenpolitischer Superorganisiertheit waren in den SED-Hochburgen zu verzeichnen, wie z.B. in gesellschaftswissenschaftlichen Marxismus-Leninismus-Bereichen an den Universitäten und Hochschulen. Hier fungierte die jeweilige Arbeitsgruppe zugleich als FDGB-Kollektiv, als DSF-Kollektiv und als Partei-Gruppe. Das führte - bei etwa 10 bis 12 Mitgliedern - zu einer ehrenamtlichen Funktionsanhäufung. Hier hatte jeder eine oder mehrere Funktionen inne, es mußten ja noch übergeordnete Leitungsfunktionen besetzt werden. Folgerichtig wurde hier nach Strategien zur Vereinfachung der politischen Arbeit gesucht, indem man etwa eine Versammlung mehrfach abrechnete, als Partei-, FDGB- und/oder DSF- Versammlung.

Aufgrund der hohen Basisverankerung der gesellschaftlichen Massenorganisationen in den Betrieben war es möglich, das soziale Leben in den Arbeitskollektiven in bestimmter Hinsicht zu strukturieren und normativ zu beeinflussen.

So beteiligten sich die Kollektive zumeist am sozialistischen Wettbewerb und kämpften um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“, der den konkurrierenden Gruppen die Abarbeitung eines bestimmten Wettbewerbsprogramms abverlangte, aber dafür mit einer Geldprämie honoriert wurde.

In diesen vorgegebenen Strukturen entwickelte sich mitunter ein reges geistig-kulturelles Leben: gemeinsam gestaltete man Kulturprogramme, besuchte als Gruppe das Theater, unternahm Brigadeausfahrten, vergnügte sich zu verschiedensten Anlässen bei Betriebs- bzw. Gruppenfeiern, engagierte sich für die Patenklasse in der Schule, nahm an politischen Diskussionen/Schulungen teil oder ließ sie über sich ergehen.

Diese Betriebskollektive hatten oft den Charakter von Solidargemeinschaften, in denen die gegenseitige Hilfe eine Selbstverständlichkeit war. Hier bildeten sich freundschaftliche und kameradschaftliche Beziehungen heraus, die weit über den unmittelbaren Arbeitsbereich hinausreichten. Die meisten Freundes- und Freizeitkreise in der DDR hatten wahrscheinlich einen betriebsorganisatorischen Hintergrund. Der Großteil der DDR-Frauen war nicht nur berufstätig, sondern nahm über die betriebliche Einbindung aktiv am sozialen und politischen Leben der Gesellschaft teil. Kaum zu unterschätzen ist, daß über die betrieblichen Gemeinschaftsformen auch Grundschichten der Gesellschaft sozial integriert und aktiviert wurden. Die Betriebskollektive fungierten zudem als eine Art Auffangnetz für jene, die ins soziale Abseits zu geraten drohten. Menschen, die aus dem Strafvollzug entlassen wurden, fanden in den Arbeitskollektiven oft wieder sozialen Halt und Unterstützung. Ältere Bürger,

die aus dem Berufsleben ausschieden, wurden in der ersten Zeit mitunter noch in das soziale Leben ihrer ehemaligen Kollektive einbezogen.

Die Betriebe verfügten über ein eigenes soziales Unterstützungs- und Fürsorgenetz sowie über eigene Sportgemeinschaften (die BSG = Betriebssportgemeinschaft). Sie „übernahmen familiäre Funktionen: Sie boten Beratungen bei persönlichen und familiären Problemen an, sie sprachen Ermahnungen bei Konflikten aus, sie gaben Hilfen und Unterstützungen bei Umzügen, beim Wohnungsbau, bei familiären Feiern und Notlagen, sie förderten die Aus- und Weiterbildung, sie übernahmen Patenschaften für Kinder und Schulklassen, organisierten den Urlaub und die Erholung, sie unterhielten Kinderferienlager, Kinderkrippen und Kindergärten und hatten ein eigenständiges Betriebsgesundheitswesen. In der Organisation der Arbeit waren viele Ideen sozialer Gemeinschaft enthalten und auch verwirklicht.“ (Hans-Joachim Maaz 1991, S. 45)

Über die betrieblichen Sozialstrukturen und die damit verknüpften Formen gesellschaftlicher Aktivität wurde der normale DDR-Bürger nicht nur in kulturell-soziale Aktivitäten eingebunden, die er von sich aus in der Regel nicht unternommen hätte. Welcher Arbeiter hätte schon ohne das „Brigadeabonnement“ regelmäßig das Theater besucht? Viele wurden auf dieser Ebene auch in die ehrenamtliche Arbeit involviert: bürgerschaftliches Engagement für das Kollektiv, für den Betrieb - sei es als Verantwortlicher für Kulturarbeit, als Funktionär für Sport oder Propaganda, als Gewerkschaftsvertrauensmann etc.

Dieses Engagement bewegte sich dabei in der Regel im Spannungsfeld zwischen Vorgaben/Erwartungen von oben und den Interessen an der Basis, den Wünschen und Bedürfnissen der Kollektive. Der typische DDR-Bürger war es gewohnt und trainiert, mit diesem Konflikt umzugehen und die Gegensätze auszugleichen.

Das betriebsintegrierte bürgerschaftliche Engagement war ein typisches Massenphänomen der DDR-Gesellschaft. Eine der brisanten Fragen, die der soziale Umbruch aufwirft, ist daher: Was passiert mit diesen Gemeinschaftsformen und kollektivistischen Engagementspotentialen (sowie den darin enthaltenen gemeinschaftlichen Aktivitätskompetenzen), wenn die Betriebe sterben und die bisherige Arbeitswelt zusammenbricht? Wie kann der Zusammenfall der betriebsgestützten Sozialhilfe kompensiert werden?

Wohngebiets- und Nachbarschaftsgemeinschaften

Sie bildeten in der DDR nicht nur informelle Netzwerke gegenseitiger Hilfe, gemeinschaftlicher Aktivität und Geselligkeit, sondern übten - wie auch die Betriebskollektive - personale Kontrollfunktionen aus. Selbst in den Großstädten hatten sich noch in größerem Umfang Formen traditioneller Vertrautheit und personaler Kommunikation erhalten. Der nachbarschaftliche Zusammenhalt war in der DDR offenbar stärker als in der Alt-BRD.

In der DDR war es üblich, daß man Hausgemeinschaften bildete. Man veranstaltete Wohngebietsfeste, unternahm gemeinsame Aktionen zur freiwilligen und unentgeltlichen Instandsetzung und Pflege von Wohn- bzw. Grünanlagen, man sorgte und kümmerte sich stärker um den Mitmenschen (als heute), aber auch um Fragen der öffentlichen Sicherheit. Die Wohn- und Nachbarschaftsgemeinschaften waren ein wichtiger sozialer Raum, in dem sich in der DDR bürgerschaftliches Engagement entfaltete - informell und institutionell eingebunden (etwa in Organisationen, die schwerpunktmäßig in den Wohngebieten tätig waren - DFD, Volkssolidarität etc.), gesellschaftlich kontrolliert und dennoch auch in selbstbestimmter Weise.

Gerade die sozialen Aktivitäten in den Wohngebieten zeigen, daß das System der gesellschaftlichen Kontrolle und Normierung nicht nur formal-zentralistisch funktionierte, sondern auch eine kollektivistisch-personale Dimension einschloß: Ein jeder kannte jeden und jeder wurde irgendwie durch soziale Bereiche, in die er eingebunden war, indirekt auch staatlich normiert, denn diese verschiedenen Sphären (Wohngebiet, Betrieb, Organisationen) unterstanden als Ganzes der staatlichen Kontrolle und kommunizierten miteinander. Wer z.B. im Wohngebiet unangenehm auffiel, mußte immer gewärtig sein, daß sein Verhalten nicht nur seitens der Nachbarschaft bewertet wurde, sondern daß er sich dafür letztlich auch vor dem Arbeitskollektiv oder in irgendeiner der gesellschaftlichen Organisationen verantworten mußte, in die er eingebunden war. Der DDR-Bürger erfuhr aufgrund seiner Integration in verschiedene Gemeinschaftsformen nicht nur umfangreiche soziale Fürsorge und Unterstützung, er wurde auch permanent kollektivistisch erzogen. Es gab ein Zusammenspiel zwischen institutionellen und informellen Normierungs- und Kontrollmechanismen, die in der staatlich beherrschten Betriebswelt ihren Angelpunkt hatten.

Bürgerschaftliches Engagement zur Kompensation von Defiziten

Der Staatssozialismus hatte zwei entscheidende Defizite: Er bot ungenügend Freiraum für selbstgestaltetes, selbstverantwortliches und freiwilliges Handeln (das Selbstregulationsdefizit) und er war eine industrielle Mangelgesellschaft, die permanent mit Knappheitslagen konfrontiert war (das Angebotsdefizit).

In der Regel werden solche strukturellen Defizite nicht nur passiv hingenommen, sondern aktiv kompensiert. So auch in der DDR.

Das manifestierte sich zum einen in jenen vielfältigen Formen sozialer Aktivität, die sich in den Nischen und an den Rändern der Gesellschaft herauskristallisierten: in der Kleingarten- und Datschenwelt, in der kulturellen Subszene oder auch in solchen spontanen Massenphänomenen wie der FKK-Bewegung, die gegenüber der staatlich reglementierten Sphäre als eine Art unpolitischer Freiraum für freie Selbstverwirklichung fungierte.

Im Hinblick auf das Angebotsdefizit äußerte sich das in Gestalt einer Art Beschaffungsselbsthilfe. Knapp waren Dienstleistungen, (hochwertige) Konsumwaren und Informationen. Der typische DDR-Bürger begegnete dieser Mangelsituation mit einer eigentümlichen Selbsthilfementalität: Sich selbst zu helfen, indem man anderen hilft; anderen zu helfen und sich dabei selbst zu helfen. Dieses Engagement hatte ohne Zweifel einen starken Selbstbezug, es schloß aber auch eine solidarische Komponente ein. Die vielfältigen sozialen Netzwerke, die sich in der DDR herausgebildet hatten, dienten zumeist auch dazu, knappe Waren oder Dienstleistungen zu beschaffen. Sie hatten eine „Beschaffungsfunktion“. Wenn es darum ging, solche Mängel zu beseitigen, mobilisierte der DDR-Bürger nicht nur sein soziales Kapital, sondern war auch sehr aktiv, intuitivreich, erfinderisch und flexibel. Er entwickelte hier Eigenschaften, auf denen gemeinhin das Selbst-Unternehmertum in einer marktwirtschaftlichen Ordnung basiert, allerdings in einem anderen Kontext und zu einem anderen Zweck.

Die „two cultures“ von bürgerschaftlichem Engagement

In der DDR-Gesellschaft entwickelten sich soziale Aktivitäten in zwei verschiedenen Welten und Ausprägungsformen, die voneinander deutlich separiert waren.

Zum einen in der staatsinstitutionellen Variante, d.h. im Rahmen der staatstragenden Organisationen. Zum anderen im nichtstaatlichen bzw. oppositionellen Milieu, d.h. unter dem Dach der Kirche (Wohlfahrtspflege, freie Selbsthilfegruppen, politisch inspirierte Initiativgruppen etc.), in der Nischensituation bzw. in der informellen Subkultur (z.B. die Szene im Prenzlauer Berg).

Diese beiden Grundtypen von Engagement unterscheiden sich nicht nur in Bezug auf ihre strukturelle (institutionelle) Verankerung und ihre Funktion im sozialen System, sondern auch hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Förderung/Anerkennung sowie ihrer subjektiven Sinnkonstitution (ihrer Motive und biographischen Bedeutung).

Die staatsinstitutionelle Variante

Die staatsinstitutionellen Engagementformen genossen (je nach gesellschaftlicher Wertigkeit) eine hohe offizielle Wertschätzung. Ihre Förderung erfolgte über ein breites Ensemble verschiedenster Anreize und Anerkennungsformen: staatliche und gesellschaftliche Auszeichnungen (Orden, Ehrennadeln etc.), finanzielle und materielle Zuwendungen (Prämien, Bevorzugung bei der Vergabe von FDGB-Ferienplätzen, von Kuren, Auszeichnungen mit Reisen). Schließlich sollte dieses Engagement auch Auskunft über die staatsbürgerliche Haltung und Qualifikation der einzelnen geben und wurde dementsprechend auch in diversen Personalbogen abgefragt und in Lebensläufen, mit denen man sich für das Studium oder eine berufliche Einstellung (insbesondere für eine

höhere Position) zu bewerben hatte, aufgelistet. In solchen Lebensläufen schrumpfte die Biographie des bürgerschaftlichen Engagements oft auf die Mitgliedschaft in gesellschaftlichen Organisationen und die Abfolge von gesellschaftlichen (ehrenamtlichen) Funktionen zusammen.

Bürgerschaftliches Engagement in diesem Bereich hatte jedoch auch seinen Preis. Wer sich hier engagierte, sah sich einem Normierungsdruck ausgesetzt. Von ihm wurde erwartet, daß er sich im Sinne der Gesellschaft (und das hieß in der offiziellen Lesart: für die Interessen der Partei und des Staates) einsetzte, und zwar nicht irgendwie, sondern gemäß den vorgegebenen Rollenmustern. Letztere waren nach dem Prinzip des (demokratischen) Zentralismus (d.h. der Priorität des Apparates gegenüber den Interessen an der Basis) und den konkreten Festlegungen (Statuten) der jeweiligen Organisationen definiert. Dieses Engagement war also nicht nur staatsinstitutionell verankert, es sollte auch staatstragend funktionieren.

Hinzu kam, daß die Entscheidung, sich in solchen Funktionen ehrenamtlich zu engagieren, oft nicht primär aus einem inneren Bedürfnis oder freiwillig erfolgte, sondern durch äußeren Druck zustande kam oder mehr einer normierten Selbstdisziplinierung zuzuschreiben war.

Damit unterscheiden sich ehrenamtliche Aktivitäten dieses Typs zweifelsohne von jenen, wie man sie in modernen demokratisch verfaßten Gesellschaften antrifft. Der selbstbestimmte, freiwillige Charakter, ein Grundzug von bürgerschaftlichem Engagement überhaupt, erscheint zumindest stark eingeschränkt. Lassen sich solche Aktivitäten dann überhaupt als bürgerschaftliches Engagement verstehen?

Bei allen Einschränkungen, es gibt gute Gründe, die für den bürgerschaftlichen Charakter des staatsinstitutionellen Engagements in der DDR sprechen:

- Erstens hat man sich auch im staatstragenden Bereich für die Lösung öffentlicher Aufgaben und die Unterstützung anderer Menschen eingesetzt - sicherlich aus verschiedenen Motiven und mit unterschiedlichen Ergebnissen, aber vielfach auch in der Absicht, einer guten Sache zu dienen.
- Zweitens ist das Bild von der staatlich reglementierten gesellschaftlichen Aktivität zu grob und einseitig. Bei allen Versuchen einer politischen Gleichschaltung - es haben sich auch im staatsnahen Bereich vielfältige Formen bürgerschaftlichen Engagements entfaltet, denen man mit dem Etikett äerzwungene staatstragende Aktivitätä nicht gerecht wird. Ob im Betrieb, im Wohngebiet oder im Freizeitbereich - es gab überall Freiräume, in denen sich selbstbestimmtes, freiwilliges Engagement in bestimmtem Umfang formieren konnte. Nicht selten mangelte es sogar an Zivilcourage, die vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten auszutesten und auszunutzen. Diese Freiräume waren um so größer, je näher man an der Basis (dort, wo sich das

gesellschaftliche Leben in den Hausgemeinschaften, in den Arbeitskollektiven, den Nachbarschaften, in den diversen Klubs etc. abspielte) und je weiter man von den Zentren der politischen und staatlichen Macht entfernt war. Und nicht alle Versammlungen, Brigadefeiern, Hausfeste oder Foren sind zähneknirschend und mit geballter Faust in der Tasche abgehalten worden. Viele haben nicht bloß wie ein Schraubchen im zentralstaatlichen Getriebe funktioniert oder das zumindest nicht so empfunden.

Auch in Basisbereichen der staatsgesellschaftlichen Organisationen entwickelte sich mitunter eine durchaus eigenständige, demokratische Engagementkultur, geprägt von den Bedürfnissen und Interessen der Menschen. Charakteristisch hierfür war, daß man in der Regel nicht den Konflikt mit der „Obrigkeit“ suchte, sondern vielmehr die vorgegebenen Organisationsstrukturen (als unveränderliche Größen) formell akzeptierte, um „unten“ das machen zu können, was man wollte. In anderen Worten: Die Kollektive suchten den formellen Konsens mit der jeweiligen Zentrale, um sich unter dem Schutz dieses Konsens ihre eigenen basisdemokratischen Freiräume zu sichern. Die Mentalität des formellen Mitmachens und der Abschottung gegenüber der Außen- bzw. Oberwelt war dabei nicht nur ein probates Mittel, mit dem man seine Identität und seine Interessen gegenüber zentralistischen Bevormundungs- und Gleichschaltungsversuchen zu wahren suchte, sondern läßt sich auch als Ausdruck eines allgemeinen Selbstorganisationsprinzips verstehen, nach dem soziale Gruppen ihre Beziehungen mit der Außenwelt regeln: durch aktive Einwirkung auf die Umwelt, die äußeren Bedingungen für die eigene Existenz zu sichern bzw. günstig zu gestalten.

Regeln, nach denen Basiskollektive mit übergeordneten Leitungen kommunizierten, wurden zumeist von beiden Seiten akzeptiert. Denn die jeweilige übergeordnete Leitungsebene konnte sich immerhin der formellen Akzeptanz der Basis versichern und nach oben melden: „Bei uns ist alles in Ordnung. So und so viele Kollektive haben so und so viele Aktivitäten zur Stärkung von Partei und Staat unternommen.“ Auf der anderen Seite organisierten sich die Kollektive durch ihre formell-freundlichen bzw. loyalen Beziehungen zur übergeordneten Ebene nicht nur Freiräume für ein selbstbestimmtes soziales Leben (die Nischen im staatstragenden Bereich), sondern auch noch die entsprechende staatliche bzw. gesellschaftliche Förderung ihrer Aktivitäten. So erklärt sich, daß unter dem sozialistischen Dach der verschiedenen Organisationen ein buntes, vielfältiges Leben brodelte, das sich immer mehr von den zentralen Vorgaben und Ideologismen entfernte und dennoch staatlich gefördert wurde. Klassisches Beispiel hierfür ist die Jugendszene seit den 70er Jahren (vgl. z.B. Helmut Sout 1985).

Das Bemühen von Staat und Partei, die Aktivitäten der Bürger von oben aus zu steuern, gleichzuschalten und zu instrumentalisieren, verfiel und verlief sich so in einer schwer faßbaren Mentalität von formeller Akzeptanz, verdeckter passiver Verweigerung und dem Versuch, die staatsparteiliche Struktur für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Der

„gelernte DDR-Bürger“ hatte sich durch geschickte Anpassung und stille Verweigerung auf lange Zeit in den vorgegebenen vormundschaftlichen Strukturen eingerichtet. Er hatte gelernt, mit dem zentralistischen System umzugehen, zu verhandeln, zu taktieren. Er war darauf geeicht, sich Zwängen zu entziehen oder sie zu kompensieren (der Rückzug in die Nischen).

Die DDR läßt sich in gewisser Hinsicht als eine Gesellschaft begreifen, in der zwischen Staat und den verschiedenen sozialen Gruppen und Individuen Interessen ausgehandelt und (stillschweigende) Kompromisse geschlossen wurden. So wie Staat und Partei bemüht waren, alle sozialen Aktivitäten zu kontrollieren und in ihrem Sinne auszunutzen, so waren auf der anderen Seite die verschiedenen Akteure in den unterschiedlichen Handlungsfeldern bemüht, ihre eigenen Interessen unter Ausnutzung staatlicher oder parteilicher Strukturen durchzusetzen. Die beste Taktik zur Verwirklichung eigener Interessen bestand oftmals darin, daß man sie offensiv mit einer Parteikampagne oder einem Honecker-Zitat legitimierte und schützte.

- Drittens ist der staatsinstitutionelle Engagementstyp kein extremer historischer Ausnahmefall, sondern hat durchaus Ähnlichkeiten mit tradierten Formen der sozialen Fremdhilfe, die von einer starken Pflichtethik getragen werden. Der Umstand, daß im ersten Fall ein gesellschaftlicher bzw. staatlicher Auftrag angenommen und verinnerlicht wird, ist für die Frage des Engagements zumindest solange nicht erheblich, als die Aktivitäten von subjektiven Interessen und Überzeugungen geleitet sind. Der Fall allerdings, daß jemand durch äußeren Druck und gegen seine Interessen zu einer Handlung gezwungen wird, fällt nicht unter den Begriff bürgerschaftliches Engagement, da hier der Grundsatz der Freiwilligkeit und Selbstbestimmtheit negiert wird. Aber zu behaupten, alle Aktivitäten im systemnahen Bereich seien entweder das Resultat von Zwang oder Nötigung gewesen, ist freilich absurd. Niemand wurde in die FDJ oder in die Partei gezwungen. Niemand war gezwungen, sich dort ehrenamtlich zu engagieren. Es gab immer Möglichkeiten, sich dem zu entziehen, falls man wollte und die innere Kraft hatte.

Dennoch ist zu berücksichtigen, daß der Auftrag zur gesellschaftlichen Aktivität in der DDR aufgrund seiner umfassenden staatlichen und ideologischen Sanktionierung einen hohen Verpflichtungscharakter hatte, dem man sich nur schwer entziehen konnte. Eine Verweigerung dieser Pflicht konnte bedeuten, daß man unbequeme Konflikte (mit staatlichen Institutionen oder dem Arbeitskollektiv) und Nachteile in Kauf nehmen mußte. In der Übernahme von solchen ehrenamtlichen Funktionen steckte daher oft ein Moment von selbsteinschränkender Anpassung, von verpflichteter Aktivität oder vorausseilendem Gehorsam. Es bietet sich an, diese Art der sozialen Aktivität von anderen Formen, in denen der freiwillige und selbstbestimmte Charakter dominiert, zu unterscheiden und mit dem Begriff äverpflichtetes Engagementä zu beschreiben.

- Viertens ist zu bedenken, daß der staatsinstitutionelle Aktivitätstyp sowohl den biographischen Massenfall (man kann davon ausgehen, daß über 90% der DDR-Bürger in staatstragenden Institutionen organisiert und engagiert waren) als auch die soziale Normalität in der DDR-Gesellschaft darstellte.

Normales Verhalten liegt bekanntlich dann vor, wenn sich jemand nach allgemein geltenden Regeln verhält. Damit ist nicht unbedingt ein richtiges Verhalten gemeint, sondern vielmehr ein Verhalten, das in dem makrogesellschaftlichen Rahmen, in dem es praktiziert wird, allgemein gebilligt, anerkannt und als normal empfunden wird. Systemkonformes Verhalten ist in der Regel Normalverhalten, außer in (revolutionären) Phasen der Umwälzung sozialer Makrosysteme.

Man kann sicherlich das Engagement in den staatstragenden Institutionen kritisch bewerten (aufgrund seines Arrangements mit dem System etc.), nichtsdestotrotz war es unter den damaligen Verhältnissen ein Massen- und Normalphänomen. Die eigentlich brisante Frage, die sich stellt, ist: Was passiert mit diesem normalen Sozialverhalten im Systemumbruch? Was geschieht, wenn das Normale plötzlich unnormale wird?

Die außerstaatliche und oppositionelle Variante

Es ist immer problematisch, in einer staatszentralistischen Gesellschaft außerstaatliche Bereiche oder gar autonome Widerstandskulturen definieren zu wollen. In der einen oder anderen Form, zumindest aber verdeckt (das zeigt der Zusammenhang zwischen Kirche/Opposition und Staat/Partei/Stasi), ist der staatliche Machtapparat präsent.

Dennoch war es ein erheblicher Unterschied, ob man sich in einer systemkritischen Initiativgruppe (Frieden, Umwelt, Dritte Welt, Menschenrechte etc.) unter dem Dach der Kirche bzw. im halbprivaten Submilieu oder im Rahmen der FDJ, im Kulturbund oder in der SED engagierte. Es war ein Unterschied, ob man in einer staatlich gestützten Organisation soziale Fremdhilfe leistete (z.B. Volkssolidarität) oder in einem der kirchlichen Verbände (z.B. Caritas). Es war ein Unterschied, ob man seine Nische im staatsinstitutionellen Bereich oder außerhalb desselben suchte.

Wer sich außerhalb der systemtragenden Infrastruktur engagierte, der entzog sich auf diesem Feld den offiziellen Kontroll- und Einflußmechanismen von Staat und Partei. Wer sich hier engagierte, der konnte kaum erwarten, daß seine Aktivitäten gesellschaftlich gefördert oder offiziell gewürdigt wurden (eine gewisse Ausnahme bilden hier die nichtstaatliche Sozialfürsorge/Wohlfahrtspflege sowie einige Formen des Nischenengagements). Dieses Engagement ließ sich auch kaum karrieremäßig verwerten. Im Gegenteil, wer sich hier engagierte, der mußte eher damit rechnen, daß ihm daraus - je nachdem, wie er mit seinem Verhalten das System zu gefährden schien - berufliche Nachteile erwuchsen, daß er mißtrauisch beobachtet oder gar verfolgt wurde.

Gemessen an den in der DDR allgemein geltenden Regeln und Normen war ein solches Engagement nicht normal. Wer sich in der DDR für ein Engagement außerhalb der staatsoffiziellen Domäne entschied, der brach mit der sozialen Normalität, der distanzierte sich von der offiziellen Gesellschaft, der begegnete dem vormundschaftlichen Fürsorge-System nicht mit der verbreiteten Mischung von formeller Akzeptanz und stiller Verweigerung, sondern bekundete sein soziales Anderssein und seine Verweigerung offen.

Man darf vermuten, daß sich Menschen, die in einer autoritären Gesellschaft die Anpassung an vorgegebene Normen verweigern, durch ein starkes Verlangen nach Freiwilligkeit, Selbständigkeit und Selbstbestimmtheit auszeichnen, d.h. durch Verhaltensmerkmale, die in modernen Gesellschaften favorisiert werden. Insofern sollte diesem Engagementstyp der Übergang in die neue Gesellschaftsordnung keine (großen) Probleme bereiten.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß sich auch dieses Engagement unter Rahmenbedingungen einer zentralstaatlichen Gesellschaft formiert hat. Auch jene, die sich außerhalb des staatlichen Reglementierungsraumes bewegten, haben in der Regel ihre Motivation aus der Reibung mit dem System gewonnen und waren in ihren Aktivitäten auf Problemlagen und Eigenarten des Systems fixiert. Auch in diesem Fall werden mit dem Zerfall der DDR-Gesellschaft die Rahmenbedingungen und die Grundsituation des tradierten Engagements radikal verändert. Man muß daher wohl auch hier mit Umstellungsproblemen rechnen.

2.2 Werte- und Engagementwandel in der DDR

Die DDR gilt allgemein als eine arbeitszentrierte Gesellschaft, in der tradierte soziale Werte (Freundschaft, Gerechtigkeit, Gemeinschaftsleben, solidarisches Verhalten) und staatsbürgerliches Engagement einen hohen Stellenwert hatten. Wesentliche Merkmale moderner Gesellschaften - wie z.B. eine Pluralisierung von Werten und Lebensstilen, eine ausgeprägte Selbsthilfebewegung oder entsprechende Individualisierungsvorgänge - scheinen zu fehlen. Wie soziologische Studien jedoch zeigen, entfalteten sich auch in der DDR-Gesellschaft Modernisierungsprozesse, die von Verhaltensdifferenzierungen und Werteveränderungen begleitet waren. Folgende Tendenzen zeichnen sich dabei ab (vgl. z.B. Walter Friedrich 1990; Michael Hofmann 1992; Thomas Gensicke 1992).

Erstens: In der DDR haben sich - ähnlich wie in der BRD - gravierende Veränderungen in den Werten und Verhaltensweisen vollzogen, die nicht mit dem sozialen Umbruch koinzidieren, sondern bereits früher (etwa seit Mitte der 80er Jahre) einsetzten (vgl. T. Gensicke 1992; M. Hofmann 1992; W. Friedrich 1990).

Zweitens: Der Werte- und Verhaltenswandel beinhaltet zwei grundlegende Trends:

- eine zunehmende Entpolitisierung, verbunden mit einer Erosion sozialistischer Leitbilder und Werte: sinkende Identifikation mit dem sozialistischen System und
- eine Verstärkung materieller und hedonistischer Werte (vielseitiges und abwechslungsreiches Leben), verbunden mit einer Abnahme der Pflicht- und Akzeptanzwerte: Disziplin, Leistung, Ehrlichkeit (vgl. T. Gensicke 1992; M. Hofmann 1992; W. Brück 1991; P. Förster 1991).

Drittens: Tempo und Dimension des Werte- und Verhaltenswandels variieren sozial- und generationsspezifisch. In Abhängigkeit von sozialen Lebenslagen und Generationsebenen haben sich verschiedene Werte- und Engagementtypen herauskristallisiert.

Ins Auge fällt ein signifikanter Bruch zwischen der jüngeren (die unter Dreißigjährigen) und der älteren DDR- Generation (die über Dreißigjährigen).

Die ältere Generation (insbesondere die Aufbaugeneration) ist traditionaler orientiert: geprägt von den sogenannten Pflicht- und Akzeptanzwerten und stärker eingebunden in überkommene Gemeinschaftsformen und Institutionen. Als der gesellschaftlich und politisch engagierteste Teil der DDR-Gesellschaft repräsentieren sie jene große Gruppe, die am stärksten in die offiziellen Strukturen des Systems integriert war. Sie stellte das Gros der politisch Geschulten (sowohl der Mitläufer als auch der Überzeugungs- oder Karriereaktivisten), die sich in den Parteien, den Massenorganisationen, Verbänden und Klubs engagierten (vgl. M. Hofmann 1992; T. Gensicke 1992).

Die Jüngeren sind die Trendsetter des Werte- und Verhaltenswandels. Sie sind weniger gesellschaftlich orientiert, integriert und engagiert. Sie sind in viel geringerem Maße als die Älteren bereit, gesellschaftliche und politische Vorgaben zu akzeptieren. Hedonistische und materielle Werte spielen für sie eine wichtigere Rolle. (vgl. T. Gensicke 1992; H. Müller 1991, S. 124-135; P. Förster 1991, S. 148; W. Brück 1991, S. 191-200)

Viertens: Die oben skizzierte Werte- und Verhaltensstruktur der Ostdeutschen wurde durch den Verlauf des sozialen Umbruchs nicht entscheidend verändert; zu verzeichnen ist allerdings eine Stärkung konservativer (Recht, Ordnung, Sicherheit und Sparsamkeit) und eine Wiederbelebung sozialer Werte (Gerechtigkeit, Hilfsbereitschaft) (vgl. T. Gensicke 1992, S. 50).

Ganz offensichtlich, die Ostdeutschen sind dabei, den sozialen Umbruch auf der Basis ihrer DDR-geprägten Mentalitätsressourcen zu bewältigen. Die Frage, ob und inwieweit überkommene Verhaltensdispositionen der DDR-Gesellschaft als ein produktives soziales

Kapital fungieren, oder ob sie mehr eine Anpassungsblockade darstellen, ist in der Tat von zentraler Bedeutung (vgl. Thomas Koch 1992, S. 37f.).

2.3 Ausgangslage: Engagement-Situation in den neuen Bundesländern

Wie alles andere befindet sich auch das Engagementpotential der ehemaligen DDR im Umbruch. Nahezu der gesamte Bereich des staatsinstitutionellen Engagements ist verschwunden. Die überkommene Infrastruktur, in der sich in der DDR bürgerschaftliches Engagement entwickelte, ist weitgehend zerfallen. Mit der rapiden Zersetzung der sozialistischen Arbeitswelt, dem Untergang der Volkseigenen Betriebe, der Auflösung der Brigaden und Arbeitskollektive ist auch die Welt des betriebsgebundenen Engagements plötzlich weggebrochen. Hausgemeinschaften und Nachbarschaftshilfen, die oft auch einen gemeinsamen betrieblichen Hintergrund hatten, erodieren. Das dicht geknüpft Netz der vielen kleinen informellen Kreise und Solidarformen befindet sich im Prozeß der Umstrukturierung und Auflösung. Der Zusammenbruch der DDR ist von einer gravierenden gesellschaftlichen Sinnkrise begleitet. Es droht eine massive Entwertung und Demotivierung ehemals aktiver Menschengruppen.

Mit dem gesellschaftlichen Umbruch entstehen zwar neue Formen und Felder für bürgerschaftliches Engagement, aber sie werden von den Menschen nur zögerlich und langsam angenommen, ja zum Teil sogar abgelehnt. Dafür spricht z.B. der Abbruch im parteipolitischen und gewerkschaftlichen (ehrenamtlichen) Engagement in den neuen Bundesländern. Und neue Ansätze sozialer Aktivität, wie sie etwa im rechtsradikalen Milieu zu verzeichnen sind (die „Glatzen von Spremberg“), deuten möglicherweise auf Tendenzen einer spontanen und destruktiven Selbstorganisation jenseits der neuen ordnungspolitischen Strukturen hin. Die Gefahr eines Abgleitens in destruktive Kompensationsphänomene ist jedenfalls unübersehbar.

Die Frage der Reorganisation jener kulturellen und bürgerschaftlichen Aktivitätspotentiale, die in der DDR über Jahrzehnte hervorgebracht wurden, wird zu einer zentralen Frage des gesamten Transformationsprozesses.

Im Hinblick auf den oben skizzierten Werte- und Verhaltenswandel zeichnen sich zwei generationsspezifische Engagementmuster ab, die vermutlich in unterschiedlicher Weise vom sozialen Umbruch beeinflusst werden.

1. Die Jüngeren - bereits stärker vom Individualisierungsschub erfaßt und aus traditionellen Milieus freigesetzt: Der Typus des eher selbstbezogenen, selbstbestimmten Engagements, der sich der Einbindung in offizielle und traditionelle Strukturen zu entziehen

sucht und sich lieber in selbstgestalteten, informellen Netzwerken (z.B. Selbsthilfe im engeren Sinn) engagiert.

Sie scheinen größere Kompetenzen für selbstgestaltete und selbstbestimmte Formen sozialer Aktivität zu besitzen als die Älteren. Ihnen dürfte in der Regel der Übergang in die neue Ordnung leichter fallen, allein schon aufgrund ihrer Jugend sowie ihrer schwächeren Sozialisationsprägung durch die DDR-Gesellschaft.

Sie scheinen jedoch auch eher für Formen destruktiver und exzessiver Aktivität anfällig zu sein. Zudem ist kaum zu erwarten, daß sie in größerem Umfang die Handlungsfelder für traditionelles ehrenamtliches Engagement (im Sinne solidarischer Fremdhilfe und der Wahrnehmung von Ehrenämtern in gesellschaftlichen Institutionen, Verbänden etc.) besetzen werden.

2. Die Älteren - noch stärker in traditionellen Gemeinschaftsformen verwurzelt und gewöhnt, sich in offiziellen Gesellschaftsstrukturen zu engagieren: Der Typus des eher pflichtbezogenen Engagements, der Sinn und Ziele seiner Aktivität gerade aus der Einbindung in eine größere Gemeinschaft (Arbeitskollektiv, Verein, Verband, Partei, Staat etc.) bezieht.

Charakteristisch für diesen Typ dürften Werte wie Pflicht, Disziplin, Gehorsam, Gerechtigkeit, Hilfsbereitschaft sowie ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl für gesamtgesellschaftliche Belange sein. Ihr ehrenamtliches Engagement ist wahrscheinlich weniger von eigenen Vorstellungen geleitet, sondern darauf geeicht, Anforderungen zu entsprechen, die von außen an sie herangetragen werden. Damit repräsentieren sie die DDR-geprägte Tradition des verpflichteten Engagements, die sich vor allem im Rahmen der offiziellen/professionellen Einrichtungen entfaltet hat.

Aufgrund ihres Alters, ihrer langen und intensiven Sozialisation in der DDR-Gesellschaft oder der Systemnähe ihrer Biographie wird diese große Generation am stärksten von der Umbruchwertung getroffen und aus ihren aktiven Arbeits- und Sozialzusammenhängen herausgerissen. Besonders hart trifft es die über Fünfzigjährigen: äZu jung für die Nazis und alt genug für den Aufbau des Sozialismus. Sie wurden Brigadier, Sekretärin, Reisekader, Nationalpreisträger, erste Verkäuferin. Beim Zusammenbruch der DDR waren die über Fünfzigjährigen auf dem Höhepunkt der Karriere. Plötzlich werden sie nicht mehr gebraucht. Man kauft sie aus dem Produktionsprozeß heraus, zahlt lächerliche Summen für ihre Erfahrung, ihre Würde. Eine Generation wird abgeschoben.ä (Regine Sylvester 1991)

Wie soziologische Untersuchungen zeigen, ist das Gefühl der Ohnmacht besonders bei den Erwachsenen in den neuen Bundesländern vergleichsweise stärker ausgeprägt als in den alten. Viele fühlen sich zudem gegenüber den neuen Kommunalverwaltungen noch hilfloser

als gegenüber den alten (vgl. L. Kasek, F. Halbing, H. Schauer, U. Twardowski, C. Wenzel 1992, S. 12).

3. Aufschlüsse zum Wandel des bürgerschaftlichen Engagements im Transformationsprozeß auf Grundlage der Interviews

Auf der Grundlage von Gesprächsleitfäden wurden 16 Interviews durchgeführt; davon 1 Expertengespräch (mit Herrn Puschmann/Caritas) und 14 Gespräche mit Personen aus dem Bereich der Selbsthilfe bzw. des ehrenamtlichen Engagements. Die befragten Personen haben sich schwerpunktmäßig in folgenden Bereichen der DDR-Gesellschaft engagiert:

- Selbsthilfe im Gesundheitsbereich (Selbsthilfegruppen Betroffener): Suchthilfe/Alkoholiker (2), Selbsthilfegruppe behindertes Kind (1), Selbsthilfegruppe krebserkranktes Kind (1), Selbsthilfegruppe Diabetiker (1)
- Engagement unter dem Dach der Kirche:
 - o kirchliche Initiativgruppen: Umwelt und Dritte Welt (1), Frieden (1), Mitarbeit im Kirchenvorstand der Gemeinde (1)
- Engagement in der kulturellen Nische (1)
- Staatliche bzw. betriebliche Sozialfürsorge:
 - o Volkssolidarität (1), Deutsches Rotes Kreuz (1), Gesundheitswesen/Behindertenbereich (1)
- Engagement in Kernzonen der systemtragenden Infrastruktur:
 - o im Rahmen von FDJ/GST/FDGB/SED (3)

Der in den Interviews erfaßte Engagementbereich ist allerdings noch etwas größer, da einige der Befragten - neben ihrem Hauptfeld - noch auf anderen Gebieten ehrenamtlich aktiv waren: z.B. im Sport (Leiter einer Sektion/Übungsleiter einer Wohngebietssportgruppe), in der Wohngebietssozialhilfe (informelle Nachbarschaftshilfe), im gesellschaftspolitischen Bereich (Vorstandsvorsitzende einer DFD-Wohnbezirksgruppe, marginales Engagement in der NDPD), im Kulturbereich (Kulturbund).

Das Alter der Befragten liegt zwischen 28 und 65 (vorherrschend sind die Enddreißiger und über Vierziger), davon sind 9 Frauen und 6 Männer. Die überwiegende Mehrheit lebt in Großstädten (Leipzig, Dresden, Jena, Halle).

3.1 Engagementmuster im Rasterprofil

Korrelation zwischen dem äußerlichen Engagementverlauf der Befragten im sozialen Umbruch und ihrem Engagementprofil in der DDR.

Engagementprofil in der DDR	Engagement nach der Wende im Vergleich zur Vorwendezeit		
	kontinuierlich	abnehmend	zunehmend
Systemtragendes Engagement (6 Befragte)	5	1	
Nichtsystemtragendes Engagement (6 Befragte)	3	2	1
Non – Engagement (3 Befragte)			3

Dieses Diagramm erhebt selbstverständlich nicht den Anspruch, quantitative Aspekte des Engagementwandels im Transformationsprozeß signifikant und repräsentativ abzubilden.

Die geringere Repräsentanz von Engagementschwund nach der Wende aus dem systemtragenden Bereich dürfte die tatsächliche Situation sogar verzerren. Es ist eher zu vermuten, daß ein erheblicher Teil der Ostdeutschen, der sich in der DDR systemtragend engagiert hat, im Verlaufe des sozialen Umbruchs passiviert wird (Vorruheständler, Mitarbeiter im Staats- und Parteiapparat). Sie dürften das Gros der Demotivierten und Frustrierten bilden. Die Schwierigkeit besteht allerdings darin, an diese enttäuschte und sozial passivierte Gruppe heranzukommen und sie für ein Interview zu gewinnen.

Bei allen Einschränkungen, das oben skizzierte Rasterdiagramm macht drei interessante Phänomene sichtbar, die vermutlich charakteristische Engagementmuster der Transformationsphase repräsentieren:

1. Engagementkontinuität bei Personen, die sich in der DDR
 - entweder im staatsinstitutionellen Bereich oder
 - außerhalb desselben engagiert haben;
 - „Früher aktiv, nach der Wende aktiv“

2. Engagementabbruch bei Personen, die sich in der DDR
 - entweder im staatsinstitutionellen Bereich oder
 - außerhalb desselben engagiert haben;
 - „Früher aktiv, nach der Wende passiviert“

3. Engagementschub bei Personen, die sich in der DDR nicht, nur marginal oder in der Nische engagiert haben;
„Früher inaktiv oder nischenaktiv, nach der Wende aktiviert“

3.2 Interpretationsversuche

3.2.1 Engagementkontinuität und -abbruch bei Personen aus dem staatstragenden Bereich

Wie erklärt sich, daß ein Teil der Befragten, der sich in der DDR systemtragend engagiert hat, nach der Wende weiter aktiv bleibt, während sich andere nach dem Untergang der DDR aus der ehrenamtlichen Arbeit (völlig) zurückziehen?

Fall: Engagementkontinuität mit staatstragendem Hintergrund

Innerhalb dieses Grundtyps lassen sich mehrere Profile unterscheiden:

Profil 1: Überzeugter Sozialist mit stark ausgeprägtem Motiv der solidarischen (Fremd-)Hilfe; der sozial engagierte Vorruheständler, der an seinen früheren Überzeugungen festhält und nach der Wende seine Identität sowie sein Selbstwertgefühl vor allem aus der praktizierten solidarischen Hilfe für andere bezieht.

1 Befragter; Herr M.

Schwerpunkt des ehrenamtlichen Engagements vor und nach der Wende in der Volkssolidarität (Vorsitzender eines Ortsausschusses): soziale Betreuung älterer Menschen; in der DDR beruflich im SED-Apparat tätig. Mit ca. 60 Jahren in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

Motive des sozialen Engagements und Kontinuitätsmomente:

Die Volkssolidarität (wie auch das DRK) gehörte zu jenem sozialen Fürsorgebereich der DDR, der auch im modernen Sozialstaat soziale Akzeptanz erfährt. Das Anliegen der Volkssolidarität ist insofern mit verschiedenen politischen Systemen kompatibel: Hilfsbedürftige und Ältere bedürfen überall der sozialen Betreuung.

Herr M.: „Alte Leute, Senioren, haben immer schon Unterstützung gebraucht. Das ist heute nicht anders als früher.“

Diese Sozialhilfestruktur wurde zwar in der DDR durchaus ästaatlich vereinnahmtä, aber sie verschwindet mit dem Zusammenbruch der DDR nicht (gänzlich). Sie liefert daher eine Art institutionelle Kontinuität für Teile des ehemdem äsystemtragenden Sozialhilfeengagementsä über den Systemzerfall hinaus.

Das zentrale Motiv (andere, die Hilfe benötigen, zu unterstützen), welches Herr M. mit seinem Sozialhilfeengagement in der DDR verband, ist mit dem Zerfall der DDR keineswegs entwertet oder moralisch diskreditiert worden, weder in der Öffentlichkeit (politisch, medial) noch in der informellen Meinung (der sozialen Gemeinschaft) oder im subjektiv-persönlichen Verständnis. Im Gegenteil, zumindest für den Befragten hat es sogar an Bedeutung gewonnen.

Herr M.: „An meinen Motiven, mich sozial zu engagieren, hat sich nichts geändert. Es wird nur noch notwendiger, anderen zu helfen. Weil die neuen Bedingungen die alten Leutchen immer schlechter aussehen lassen... Die gesellschaftliche Anerkennung für dieses Engagement ist vielleicht noch gestiegen. Es wird mehr geachtet wegen des größeren Bedarfs. Und weil viele der Möglichkeiten von früher, die vor allem in die Betriebe eingebunden waren, verschwunden sind.

Eigentlich wird jetzt von den Mitgliedern der tiefere Sinn der Volkssolidarität besser verstanden als zu Zeiten des Sozialismus.“

Das über jeden Zweifel erhabene solidarische Sozialhilfemotiv übersteht nicht nur den sozialen Umbruch unbeschadet, es rechtfertigt in gewisser Weise im nachinein auch das (frühere) Engagement für die äsozialistische Sacheä.

Herr M. auf die Frage nach dem Ideologie- und Systembezug seiner ehrenamtlichen Tätigkeit in der DDR: „Generell sehe ich das als ein humanistisches Anliegen, älteren Bürgern zu helfen. Ich habe darin durchaus keinen Widerspruch gesehen zu dem, was der Marxismus wollte. Ich habe mich eben in diese Richtung voll eingebracht, beruflich, aber auch in der ehrenamtlichen Tätigkeit. Ich sehe da schon eher einen engen Zusammenhang. Der Auftrag, sich für die Gesellschaft zu engagieren, war für mich in meiner ehrenamtlichen Tätigkeit motivierend.“

Der solidarische Hilfsgedanke ist stark verinnerlicht, intensiv sozialisiert und in einen ausgeprägten Gemeinschaftssinn eingebunden, der in seinen Sozialisationsanfängen bis in die Gemeinschaftsformen und die Aufbruchsstimmung der Nachkriegszeit zurückreicht.

Herr M.: „Wenn ich diese Zeit sehe, die 40er und 50er Jahre, das war basisdemokratisch im besten Sinne des Wortes.“

„Es gibt ein System, jawohl, da gibt es eine bestimmte Ordnung, wie das funktionieren soll. Aber letztlich, da können Sie ein System nehmen wie Sie wollen, an der Basis, dort, wo vor Ort gearbeitet wird, da mache ich das für mich, für die Sportfreunde, für die Mitbürger.“

Der vorzeitige Ausstieg aus dem Berufsleben kann durch das weitergehende (und sich z.T. sogar verstärkende) soziale Engagement (in der Volkssolidarität) aktiv kompensiert werden. Die ehrenamtliche Arbeit wirkt nach dem sozialen Umbruch identitätsstiftend.

Profil 2: Staatsloyales soziales Fremdhilfeengagement ohne parteiliche (SED) oder sozialistische Bindung. Der Schwerpunkt der sozialen Aktivität ist berufsintegriert. Die Auflösung der bisherigen institutionellen Grundlagen der ehrenamtlichen Arbeit führt zu einer Umorientierung des sozialen Engagements. Variante der Engagementkontinuität durch Wandel der institutionellen Einbindung und der Handlungsfelder.

2 Befragte; Frau R. und Frau S.

Frau R.: Ehrenamtlich tätig als Stadtbezirksabgeordnete (Mandatsträger FDGB), engagiert in der Kommission Gesundheitswesen (ämein einziges ehrenamtliches Engagement): Aufgabenfeld: medizinische und soziale Betreuung im Wohngebiet, Kontrolle der staatlichen (professionellen) Organe; die ehrenamtliche Tätigkeit ist eng mit der beruflichen Arbeit verbunden: Leiterin der Hygieneinspektion im Stadtbezirk, danach stellvertretende Leiterin des Bezirkskabinetts für Gesundheitserziehung, von 1970 bis 1988 Leiterin der Vereinigten Rehabilitationseinrichtung - verantwortlich für den Aufbau der Rehabilitation in der Stadt. Nach der Wende: ehrenamtliches Engagement im Bund der Ruhestandsbeamten (verantwortlich für den Aufbau des Bundes in Dresden).

Frau S.: Engagiert auf betrieblicher Ebene im Roten Kreuz, verantwortlich für die Aus- und Weiterbildung der betrieblichen Gesundheitshelfer; daneben in der sozialen Arbeit im Wohngebiet aktiv (Mitglied der Volkssolidarität, des DFD, engagiert in der Nachbarschaftshilfe), eine zeitlang Vorsitzende der DFD-Wohngruppe; vor der Wende Ausstieg aus dem Berufsleben (Frühinvalidität) - Wegfall der betrieblich gebundenen ehrenamtlichen Arbeit. Nach der Wende verstärktes Engagement in der wohngebietsorientierten Sozial- und Altenhilfe (Vorstandsmitglied der Seniorenselbsthilfe Plagwitz, Mitarbeit bei den Grauen Löwen, informelle Nachbarschaftshilfe); charakteristisch: eine ausgeprägte Trotzidentität mit der untergegangenen DDR.

Motive und Sozialisation des Sozialhilfegedankens:

Das Motiv der sozialen Fremdhilfe ist fest verwurzelt in typischen Werten der Nachkriegsgeneration: soziale Verantwortung (für die Belange der Allgemeinheit), gesellschaftliches Pflichtbewußtsein, soziale Gerechtigkeit (Eintreten für die Schwachen).

Frau R.: „Ich war ja eigentlich froh, daß der Krieg zu Ende war. Ich habe selber einen Bruder eingebüßt und viel zu Hause durchgemacht. Man hatte das Bedürfnis, sich zu engagieren, daß es vorwärts geht. Man wollte auch helfen, und das waren eigentlich meine Motive. Ich bin immer davon ausgegangen, wenn wir es nicht selber in die Hand nehmen, wer soll es dann machen? Wir waren auch so erzogen worden. Meine Eltern hatten ein Geschäft. Da mußte jeder mit ran...“

Wie sehr der solidarische Gemeinschaftssinn in der Vorkriegserziehung angelegt ist, zeigen die Aussagen von Frau S.: „Wir hatten uns ja nun von ganz früher, aus der Nazizeit, noch ein Stückchen Idealismus über die Zeit gerettet... Mein Vater kam aus dem äJungdeutschen Ordenä, die waren schon immer sozial eingestellt ...“

Frage: „Und Sie hatten nach dem Krieg diesen Idealismus aus der Nazizeit noch drin?“ Frau S.: „Ja natürlich, die jungen Leute, die mußten doch irgendwas machen, die mußten doch von der Straße runter ... Die Kinder, die standen doch auf der Straße. Also mußten sie doch untergebracht werden. Und da haben wir sie mit dem beschäftigt, was wir gelernt hatten als Kinder, mit dem, was man mit uns gemacht hatte. Und das war nicht schlecht, was die Nazis mit der Jugend gemacht haben, außer als es dann in die Zeit übergang, wo sie sie für den Krieg gedrillt haben.“

Frage: „Was meinen Sie, was da gut dran war?“

Frau S.: „Einmal, daß junge Menschen zusammengefaßt wurden in die Gemeinschaft und da gelernt haben ...“

Frau S. wurde an die Arbeit im Roten Kreuz bereits vor und während des Krieges und durch das Vorbild ihres Vaters herangeführt: „Mein Vater hat schon früher im Roten Kreuz gearbeitet und ich habe dann auch eine Ausbildung als Rot-Kreuz-Helferin gehabt schon vor dem Krieg und während des Krieges. Ich habe dann auch ein Vierteljahr in einem Krankenhaus gearbeitet gleich nach dem Krieg aufgrund meiner Ausbildung ... Und mein Vater, der war Apotheker, also wir waren immer sozial eingestellt...“

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der soziale Hintergrund der Befragten: Beide entstammen kleinbürgerlichen Familien (Frau R. - Tochter eines Geschäftsinhabers; Frau S. - Vater: Apotheker), die sich nach dem Krieg mit der sozialistischen Macht arrangieren mußten. Beide haben sich - aufgrund frühzeitiger Scheidung - mit ihren Kindern als alleinstehende Frauen im Beruf und im Alltag behauptet. Selbständigkeit und Stehvermögen wurden so als Werte frühzeitig sozialisiert und permanent gefordert. Es paßt in dieses Bild, daß sich beide neben ihrem Beruf weiterqualifiziert haben: Frau R. durch ein Fernstudium im Bereich Erziehungswissenschaften an einer Universität, Frau S. durch ein Frau-

ensonderstudium in Ökonomie/Metallurgie an einer Fachschule. (äDa waren die Mitschülerinnen so alt wie meine Kinder.ä)

Berufsbezogene ehrenamtliche Arbeit

Dieser Zug ist besonders bei Frau R. ausgeprägt. Zwischen Beruf (im Gesundheitswesen) und Ehrenamt (als Abgeordnete zuständig für Fragen der medizinischen und sozialen Betreuung im Wohngebiet) gab es enge Berührungspunkte. Die Mängel und Probleme, auf die sie in ihrer beruflichen Tätigkeit als Hygieneinspektorin stieß, waren sogar der eigentliche Auslöser, sich auf diesem Feld auch sozial zu engagieren.

Frau R.: „1959 wurde ich Leiterin der Hygieneinspektion im Stadtbezirk Ost und da gab es natürlich viele Berührungspunkte mit dem Staatsapparat, also dem Rat des Bezirkes, auf allen Linien. Und logischerweise besonders mit dem Gesundheitswesen. Dort merkte man, man muß was dazu tun, denn vom Schreibtisch aus kann man eigentlich die Gesundheitspolitik nicht allein betreiben. Das war der eigentliche Auslöser, dort mitzuwirken.“

Besonders fruchtbar gestaltete sich das Verhältnis zwischen Beruf und Ehrenamt, als Frau R. die Aufgabe übernahm, die Rehabilitation für die Stadt Dresden aufzubauen. Obwohl sie durch die neue berufliche Herausforderung viel stärker gefordert wird, gibt sie ihre ehrenamtliche Arbeit nicht auf. Aus gutem Grund: Die Möglichkeiten, die die ehrenamtliche Arbeit bietet, werden verstärkt für die Bewältigung der neuen beruflichen Probleme genutzt; jedoch nicht in einem egoistischen Karrierebezug, sondern im Sinne einer im Gemeinwohl liegenden Förderung der Betreuung Behinderter. Ehrenamtliche Tätigkeit im Sozial- und Gesundheitsbereich als Förderfaktor für das berufsmäßige Engagement im Sozial- und Gesundheitsbereich. Berufliche und ehrenamtliche Tätigkeit gehen nahtlos ineinander über, sie konstituieren einen Handlungskomplex: das ehrenamtlich- berufliche Engagement!

Frau R.: äJa, ich bin trotzdem in meiner Abgeordnetenfunktion geblieben, und durch diese Tätigkeit ist es mir überhaupt gelungen, Propaganda zu machen, was man für Häuser und Einrichtungen für die Rehabilitation braucht ... Zuletzt hatte ich in Dresden 24 Einrichtungen und wir hatten mit nichts angefangen. Die meisten Einrichtungen sind im Stadtbezirk Süd, weil ich sie dem Stadtbezirk förmlich abgeluxt habe.ä äSie denken wohl, der Stadtbezirk hat sich von sich aus um Rehabilitation gekümmert? Das war doch das letzte. Behinderte, das war doch eine Gruppe Menschen, die ausgegrenzt waren. Da hat sich doch keiner verantwortlich gefühlt. Aber durch meine Reden, die ich als Abgeordnete gehalten habe im Stadtbezirk, da wurden die ja erst einmal munter. Ich habe ja dann auch gekontert: Sie können ja sagen, wenn Sie nicht einverstanden sind, aber wenn Sie einverstanden sind, daß wir dort eine Werkstatt hinbauen müssen, dann heben Sie doch Ihre Hand! Da haben alle die Hand gehoben.ä

„Mich hat dazu niemand gezwungen. Ich habe das gemacht, um meiner Einrichtung zu helfen, um dort weiterzukommen und weil es mir Spaß machte. Es ging manchmal an die Grenze meiner Leistung, wenn sie Direktor so einer Einrichtung sind von 350 Mitarbeitern, von 24 Einrichtungen, von 860 zu betreuenden Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen. Die Zeit dazu habe ich mir auch gemaust. Aber es diente immer wieder unserer Einrichtung. Aber gezwungen hat mich keiner.“

Loyales Verhältnis zum Staat und selbstbestimmtes soziales Engagement

Die Beziehung zum Staat gestaltet sich analog dem Selbstorganisationsprinzip: das Bestreben, die äußeren Rahmenbedingungen im Interesse des eigenen beruflich-ehrenamtlichen Engagements positiv zu beeinflussen und so Möglichkeiten, die der sozialistische Sozialstaat bietet, offensiv für die eigenen Ziele zu nutzen.

Wir haben es mehr mit einer selbstverantwortlichen sozialen Fremdhilfe zu tun, die sich unter verschiedenen Systembedingungen aktiv verwirklicht und die im DDR-System ein günstiges Betätigungsfeld vorfand.

Frau S. betont diesen Aspekt oft polemisch: „Nachbarschaftshilfe war bei uns nicht direkt organisiert. Aber die Volkssolidarität und die DFD im Wohngebiet haben es als ihre Aufgabe verstanden, alten Leuten zu helfen durch Hauswirtschaftspflege und so. Es sprach sich doch rum im Wohngebiet, wo jemand war, der Hilfe benötigte ... Zu dieser Hilfe mußte man bei uns keinen zwingen. Es ist doch Unfug, zu behaupten, wir wären zu solchen Sachen gezwungen worden. Das war bei uns doch eine Selbstverständlichkeit ... eine Selbstverständlichkeit, die leider in der Ellenbogengesellschaft immer mehr zerstört wird. Überhaupt werden doch viele der Formen, in denen bei uns Gemeinschaften entstanden, zerstört. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß die Jugend außer Rand und Band gerät.“

Beide fühlen sich durch den Zusammenbruch der DDR in ihrem bürgerschaftlichen Engagement für Hilfsbedürftige und Schwache daher auch nicht überbelastet oder äschuldig.

Frage an Frau R.: „Fühlen Sie sich als jemand, der das DDR-Regime gestützt hat?“ Frau R.: „Nein. Ich fühle mich als jemand, der versucht hat, über die soziale Arbeit anderen zu helfen...“

Frage: „Es ist doch aber möglich, daß Sie, indem Sie sozial Schwächeren geholfen haben, auch dem Regime geholfen haben, weil dieses ja auch daran interessiert war, daß denen geholfen wird?“ Frau R.: „Natürlich.“ Frage: „Das sehen Sie nicht als verwerflich an?“ Frau R.: „Nein.“

Kontinuität und Wandel des sozialen Engagements nach der Wende

Institutioneller Bruch und Entwertung des bisherigen Engagements

Der soziale Umbruch, der Zerfall des staatlichen Gesundheits- und Sozialsystems der DDR, verändert und entwertet das bisherige individuelle Engagement im staatlich organisierten Sozialhilfereich. Das wird zwar sowohl bei Frau R. als auch bei Frau S. dadurch gedämpft, daß beide bereits vor der Wende aus dem überaktiven Sozial- und Berufsleben ausschieden. Aber der Umbruch wird dennoch schmerzlich empfunden. Gravierend im Fall von Frau R., deren „Lebenswerk“ (der Aufbau der Rehabilitationseinrichtung, in dem sie auch den Sinn ihrer ehrenamtlichen Arbeit verwirklicht hat bzw. sieht) nach der Wende zerfällt.

Frau R.: „Ich habe wirklich mein Herz an die Einrichtung gehangen ... von der nun nichts mehr übrig geblieben ist. Der Wohlfahrtsverband hat ein bißchen was, die Lebenshilfe hat was, manches hängt in der Luft, gearbeitet wird nicht mehr, die Industrie ist kaputt ...“

Neuorientierung und Veränderung des Engagementfeldes

Dennoch schlägt diese „Lebenswerkentwertung“ nicht in resignative Passivität um. Im Gegenteil, der Umbruch löst eine Neuorientierung der sozialen Aktivität aus; neue Probleme und soziale Handlungsfelder rücken in den Mittelpunkt. Das Motiv der sozialen Fremdhilfe ist offenbar so stark sozialisiert und kulturell (biographisch) verwurzelt, daß es durch die Konflikte des Umbruchs eher aktiviert und neu stimuliert wird.

Frage an Frau R.: „Wie sind Sie damit (dem Zerfall des „Lebenswerkes“) fertig geworden?“

Frau R.: „Das war schwer. Ich bin damit fertig geworden, indem ich mir gesagt habe, es kann doch nicht wahr sein, daß Du jetzt mit 60 Jahren, nachdem Du soviel durchgemacht hast, gar nichts mehr machen sollst. Bei uns ging es nicht danach, wer Geld hat, sondern wo der soziale Notstand war...“

Frau R.: „... Ich will nicht sagen, es war eine Zerstörung meines Lebenswerkes, aber es war das Ende. Ich habe versucht, erstmal gar nichts zu machen, Abstand zu gewinnen, und mir dann eigentlich gedacht - als die ganzen neuen Informationen für Rentner kamen, wie Wohngeld usw. - du müßtest dich eigentlich jetzt mal für deinesgleichen einsetzen.“

Beide, sowohl Frau S. als auch Frau R., engagieren sich nach der Wende für soziale Probleme ihrer sozialen Gemeinschaft, der älteren Generation: „sich für seinesgleichen einsetzen.“ Diese Verlagerung des Engagementschwerpunktes könnte aufschlußreich sein, wenn sie einen allgemeinen Trend im Transformationsprozeß aufzeigt: Insbesondere bei jenen, die früher in der sozialen Fremdhilfe engagiert waren, rücken Fragen der Umbruchbewältigung (Wie sich mit dem neuen System auseinandersetzen? Wie seine

Rechte einklagen? ...) in den Vordergrund. Die tradierte Fremdhilfe erhält damit einen stärkeren solidarischen Selbsthilfecharakter.

Profil 3: Soziales Engagement im Spannungsverhältnis zwischen sozialistischer bzw. parteipolitischer (SED) Bindung und dem Bemühen um Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung. Ein kritisch-angepaßtes Verhältnis zum DDR-System. Der Schwerpunkt des sozialen Engagements ist berufsintegriert.

2 Befragte; Herr K. und Frau P.

Herr K.: Engagierte sich in der FDJ als ehrenamtlicher Sekretär einer Sektionsgrundorganisation an der Universität; in der SED als Parteigruppenorganisator/als APO-Sekretär; Übernahme einer Reihe anderer äkleinererä Funktionen im systemtragenden Bereich; einer der ehrenamtlichen Erbauer und Mitgestalter des Jugend- und Studentenklubs Moritzbastei in Leipzig (eines der bemerkenswertesten Ergebnisse freiwilligen, ehrenamtlichen Jugendengagements in der DDR); nach der Wende in verschiedenen, zumeist selbstgegründeten Vereinen (Bund demokratischer Wissenschaftler, Inostment e.V., Stiftung Moritzbastei) aktiv; Fortschreibung seines früheren kultur-politischen Engagements im informellen Kontext.

Frau P.: Engagiert im FDGB als Gewerkschaftsvertrauensfrau/Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL); in der FDJ als Mitglied der FDJ-Hochschulgruppenleitung; im DFD als ehrenamtliche Leiterin einer Wohnsportgemeinschaft; in der Wendezeit bis zur Abwicklung im Personalrat der Universität engagiert; Mitbegründerin eines Kinder- und Jugendvereins, ehrenamtliche Mitarbeit im Bund der Akademikerinnen (Schwerpunkt: ältere Frauen).

Motive und Kontinuitätsmomente

Systemkritische Anpassung

Die Befragten haben sich im staatstragenden Bereich nicht primär nach dem Prinzip der disziplinierten Anpassung oder gehorsamen (widerspruchslosen) Unterordnung verhalten, sondern versucht, sich innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen kritisch und eigenverantwortlich zu behaupten. Sie repräsentieren den kritisch-reformerischen Flügel im staatsparteilichen Bereich.

Politisches Ehrenamt als Mittel der Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung

Herr K.: äDie eigentlich interessante Zeit für mich war die als FDJ-GO-Sekretär. Erstens war das eine Position, in der man genug Einfluß ausüben konnte, um seine Vorstellungen zu

verwirklichen... Zweitens wurde man über eine solche Funktion automatisch in einem kommunikativen Netz installiert, das von höchster Güte war... Drittens ... konnte ich hier meine Parole <gesunder Egoismus> verwirklichen, d.h. ich mache das, weil ich dort ein ideales Übungsfeld habe, weil ich mir da ein paar Dinge antrainieren konnte, die man heute also mit Personalmanagement umschreiben würde. Das war für mich das Wichtigste, mich selbst austesten zu können - was läuft und was läuft nicht. Viertens gab das mir die Chance, meine Kritikfähigkeit sowie die Möglichkeiten für Kritik zu testen.ä

Grenzen und Freiräume für sich selbstverwirklichendes Engagement im systemtragenden Bereich - Regeln der Selbstbehauptung

Herr K.: äVon außen und im nachhinein sieht das immer so aus, als hätten wir so - wie das die Anhänger der Totalitarismuskonzeption beschreiben - in einer uniformen, doktrinär-diktatorischen Gesellschaft gelebt. Aber diese Gesellschaft hatte längst in den siebziger Jahren begonnen, ihre Nischen und basisdemokratischen Freiräume auszubilden, auch im staatsnahen Bereich. Es gab eine ganze Menge beachtlicher Freiheitsräume in dieser Gesellschaft, und in diesen Freiheitsräumen konnte man sehr weit gehen, wenn man die Grundspielregeln beherrschte... Diese Freiräume konnte man eigentlich nur nutzen, wenn man sie professionell angeeignet hatte... Wer das naiv machen wollte, hatte keine Chance. Insofern haben es viele, das ist das Paradoxe, die sich mit dem System kritisch angelegt haben, die ihm grundsätzlich kritisch gegenüberstanden, nicht fertiggebracht, sich eben überhaupt erst einmal in die Spielregeln einarbeiten zu wollen. Das war schon die Zumutung, über die sie gestolpert sind. Da ich aber die Grundüberzeugung hatte, dieser Sozialismus hat doch eine Potenz, habe ich das sozusagen auf mich genommen. Sogar ein Stück bewußt. Diese Freiräume könnte man vielleicht an zwei, drei Beispielen beschreiben. Etwa: Da die SED-Führung und damit auch ihr ganzer Apparat in den 80er Jahren immer mehr in Schwierigkeiten geriet, konnte sie natürlich ihren Kurs nicht mehr pur durchführen. Sie mußte da und dort Zugeständnisse machen. Also hielt dann Honecker eine Rede und sagte dort den Satz, der die DDR aufhorchen und zugleich mit dem Kopf schütteln ließ: 'Wir müssen über alle Probleme offen reden.' Also konnte man mit Bezug darauf doch sagen: 'Wie schon Erich Honecker sagte, wir müssen über alles reden.' Und damit war den Dogmatikern in den eigenen Reihen erst einmal gehörig der Wind aus den Segeln genommen... Eine zweite Geschichte: Es gab im staatsnahen Bereich auch so etwas wie eine Öffentlichkeit, und wie jede Öffentlichkeit konnte man auch diese als Schutz für sich selbst nutzen. Zum Beispiel habe ich in der Marxistischen Abendschule an der Universität sehr offene Vorlesungen gehalten. Da gab es auch mal Beschwerden von Teilnehmern, die meinten, ich hätte dort die Politik der Partei zu scharf kritisiert und die Parteilinie verlassen. Da konnte ich damals einfach sagen: Das Teilnehmergremium hat meine Vorlesung in allen Berichten als eine anständige, saubere und sehr spannende Geschichte bewertet. Guckt Euch die Teilnehmerliste an und fragt die nach ihrer Meinung. Damit konnte ich diesen Denunziationen das Wasser abgraben ...ä

Die Wende: institutioneller Bruch und Entwertung der bisherigen sozialen Aktivität - aktive Neuorientierung

Auch wenn der soziale Umbruch den bisherigen Engagementkontext der Befragten erschüttert und radikal verändert (Zerfall der institutionellen Rahmenbedingungen; Diskreditierung oder Wegfall bisheriger Handlungsfelder; Auflösung der gewohnten Arbeitswelt, in die ihr Engagement eingebunden war), Motive und Kompetenzen ihres Engagements werden nicht entwertet und destruiert - zumindest nicht im eigenen Selbstverständnis. Im Gegenteil, sie scheinen in der neuen Lebenswelt sogar an Bedeutung zu gewinnen. Selbstverwirklichung, Selbstentfaltung und gemeinschaftliche Selbsthilfekompetenz werden für die aktive Bewältigung persönlicher Umbruchprobleme mobilisiert. Der Versuch, selbständig und in Kooperation mit anderen mit den neuen Problemen fertig zu werden. Tradierte Engagementmotive, wie z.B. die Absicht, sich mit seinen Kompetenzen in der Gesellschaft zu artikulieren und auszuprobieren, werden auf die neue Lebenssituation übertragen. Damit korrespondiert der Versuch, den Wegfall der alten Engagementstruktur zu kompensieren, sei es durch die Gründung neuer Institutionen (Vereine, Klubs etc.) oder die Selbstintegration in bereits bestehende, funktionierende Organisationen.

Im Vordergrund der Reorganisation der individuellen sozialen Aktivität stehen dabei nicht psycho-soziale Probleme, sondern die Absicht, mit Hilfe der tradierten gemeinschaftlichen Kompetenzen und Solidarpotentiale die berufliche und soziale Integration in die neue Gesellschaftsordnung zu meistern.

Das Prinzip des „gesunden Egoismus“ von Herrn K. bewährt sich früher wie heute: „Gesunder Egoismus ist bei meinem Engagement nach wie vor dabei. Ich mache das ja nicht aus irgendwelchen altruistischen Bewegungen heraus, sondern weil ich mit Leuten zusammenkomme, die für mich interessant sind und für die ich interessant bin, mit denen ich etwas mache, was ich alleine nie machen würde. Den Umgang mit Geld kollektiv erlernen, die gemeinschaftlichen Kompetenzen ausnutzen und dabei eine kritische Sicht hineinbringen...“ (Beispiel für soziale Selbsthilfe im Finanzbereich)

Fall: Engagementabbruch mit staatstragendem Hintergrund

Profil: Der gehorsame, disziplinierte Mitmacher, der teils aus verinnerlichtem Pflichtgefühl, teils aus innerer Überzeugung für das äzukunftsbezogene Solidarprojekt Sozialismusä (die äheroischen Solidarillusionenä) und teils aus Partei- und Staatsgehorsam ehrenamtliche Funktionen übernimmt. Das verpflichtete Engagement des Mitmachers, der keinem weh tun wollte. Nicht jedoch der vorauseilende, aggressive Gehorsam des (karrieristischen) Machers, der äanderen auf die FüÙe trittä.

1 Befragte, Frau I.

Frau I.: Engagiert im politischen Kernbereich des Systems: GST, FDJ, SED; ehrenamtliches Mitglied in der Kommission für Jugend und Sport in der SED-Stadtbezirksleitung; ehrenamtliches Engagement der äzweiten Reiheä, d.h. nicht Vorsitzender oder Leiter einer Grundorganisation, sondern Mitglied einer mittleren Leitungsebene.

Motive und Sozialisation des verpflichteten Engagements

Frau I.: äMan lebte in der DDR, man war in den Prozessen drin und man konnte sich entweder raushalten oder mitmachen. Ich habe mitgemacht.ä äMeine Eltern, die waren gesellschaftlich sehr engagiert. Sie waren beide in der Partei und haben beim Aufbau der DDR mitgewirkt. Da bin ich schon von vornherein in dieser Atmosphäre mit bestimmten Idealen aufgewachsen, du mußt etwas für diese Gesellschaft tun, die schickt dich zur Schule, läßt dich zum Studium und dafür mußt du natürlich auch was für die Gesellschaft tun. Damit bin ich aufgewachsen, das habe ich voll akzeptiert und danach habe ich auch immer gelebt. Ich war auch auf den Schuleintritt und den Eintritt in die Pioniere sehr stolz. Ich habe das alles mit Stolz mitgemacht und war überzeugt davon ...ä

äJa, also ich war engagiert. Aber wenn ich es so im nachhinein überlege, ich war nie so ganz richtig engagiert. Es war nötig und es gehörte dazu und ich habe es gemacht. Aber so hundertfünfzigprozentig nicht.ä

Frage: äWenn Sie sich nicht voll engagiert haben, was fehlte denn da an Motiven und Beweggründen?ä Frau I.: äWahrscheinlich der persönliche Biß, über diese Strecke hochzukommen. Engagiert ja, das gehörte dazu, man mußte ja dem Staat was geben. Aber über diese Strecke, also über die FDJ, Partei Karriere zu machen, das fehlte mir wahrscheinlich...ä äMitglied der SED-Stadtbezirksleitung, das klang gut ..., aber ich hatte nicht viel zu tun... Aber auf dieser Strecke da kam dann auch der ... Punkt, wo ich deutlich merkte, ich will das nicht weiter machen, ich will das nicht hauptberuflich machen. Und zwar kam damals die Anforderung von der SED-Stadtbezirksleitung an die Hochschule, einer der Assistenten aus unserem Bereich sollte hauptamtlich in die FDJ-Stadtbezirksleitung gehen. Das wollte natürlich keiner so richtig und da hatten sie sich dann drei ausgesucht, dabei war ich. Und wir wurden zum Chef der SED-Stadtbezirksleitung bestellt, obwohl es ja um FDJ ging. Und es wurde gesagt: Ja, das wäre nötig und müßte gemacht werden. Und an dem Punkt habe ich gemerkt, diese Sache mit der Partei, FDJ usw. will ich hauptamtlich nicht machen.ä

Sozialer Umbruch: soziale Entwertung, politische Diskreditierung und Kompetenzdefizite

Dieser Typ des verpflichteten Engagements wird vom sozialen Umbruch überherrschend getroffen, insbesondere dann, wenn - wie bei Frau I. - die familiäre und berufliche Situation verunsichert und destabilisiert wird.

Frau I. sieht sich plötzlich mit einer Situation konfrontiert, auf die sie nicht nur nicht vorbereitet ist, sondern für deren Bewältigung ihr nur ein sehr begrenztes Kompetenzpotential zur Verfügung steht: Ihr mangelt es an Selbständigkeit, ihr fehlt der Biss, das soziale Durchsetzungsvermögen. Was sie in die Waagschale werfen kann, ist: Fleiß, Disziplin, Gehorsam. Und diese Kompetenzen werden auf jenen Punkt konzentriert, um den sich das familiäre und persönliche Dasein dreht: Absicherung der beruflichen Existenz, erfolgreiche berufliche Resozialisierung um jeden Preis.

Frage: „Sind Sie heute noch ehrenamtlich sozial engagiert?“ Frau I.: „Überhaupt nicht und ich habe auch nicht die Absicht, so was wieder zu tun. Nachdem ich das einmal gemacht habe, mit dem Effekt, daß ich dann vor Null stand, mit vierzig, fast vierzig. Ich habe jetzt zum Glück einen Job, der mich total in Anspruch nimmt. Ich arbeite für diesen Job. Da engagiere ich mich, da opfere ich mich auf. Mir macht es einerseits Spaß, andererseits geht das gar nicht anders in diesem Job. Da bleibt mir nicht eine Minute Zeit, noch etwas irgendwas für jemanden anderen zu machen. Wenn ich jetzt sagen würde, es tut mir leid, dann wäre das eine Lüge, es tut mir gar nicht leid. Ich habe jetzt meinen Job zu machen, für den kriege ich mein Geld. Und der Rest der Zeit, was noch bleibt, ist für meine Familie. Nur für meine Familie und für ein paar Freunde, mit denen ich reden möchte.“

Frau I. sieht ihr gesamtes bisheriges soziales Engagement durch den Systemumbruch entwertet und stigmatisiert. All die Energien, die persönlichen Opfer, die sie aus innerer Verpflichtung und Verantwortung gegenüber der großen gemeinschaftlichen Sache aufgebracht hat, sollen mit einem Male sinnlos gewesen sein. Sie steht vor einem biographischen Scherbenhaufen. Sie versteht das alles nicht. Und sie ist sich keiner Schuld bewußt. Sie fühlt sich von der Geschichte, von der Gesellschaft ungerecht behandelt. Und sie zieht daraus die Konsequenz: Sich nie wieder für eine gemeinschaftliche Sache dieser Art ehrenamtlich zu engagieren. Sie will sich auf das konzentrieren, was sie meint, früher vernachlässigt zu haben: Ihre persönliche Sphäre, ihre Familie, ihren Job. Die Variante des überfrustrierten und demotivierten, verpflichteten Engagements. Wenn man so will: Aus der Enttäuschung über eine gescheiterte und sinnlos gewordene Biographie sozialen Engagements erwächst ein neuer familiärer und beruflicher Egoismus, der Rückzug in die Privat- und Job-Welt.

3.2.2 Engagementkontinuität und -abbruch bei Personen aus dem außerstaatlichen bzw. oppositionellen Bereich

Wie kommt es, daß einige von den Befragten, die sich in der DDR nichtsystemtragend engagiert haben, auch nach der Wende sozial aktiv bleiben oder sich spürbar stärker engagieren (Engagementschub), während andere sich zurückziehen?

Fall: Engagementkontinuität mit systemoppositionellem Hintergrund

Profil: Vor der Wende: äoppositionelles Engagementä unter dem Dach der Kirche; kritische Auseinandersetzung mit dem politischen System, die jedoch nicht mit der Abschottung in einer Nische, sondern mit dem Versuch einer aktiven Gesellschaftskritik (Aufklärung, Veränderung, Reform) verbunden ist. Nach der Wende: politisch aktiv im Umfeld der Bürgerbewegung.

2 Befragte, Frau M., Herr K.

Frau M.: vor der Wende in einer kirchlichen Initiativgruppe (Thema Frieden) engagiert; Religionslehrerin; nach der Wende als Abgeordnete für Bündnis 90 im Stadtparlament, quittiert den äKirchendienstä.

Herr K.: vor der Wende in einer kirchlichen Initiativgruppe (Thema Umwelt/später Hoffnung Nicaragua) aktiv. Seit der Wende engagiert für die äGrünenä sowie im äDritte-Welt-Zentrumä; entwickelt aus seinem früheren umweltpolitischen Engagement eine neue berufliche Perspektive, Mitarbeit in einem der nach der Wende neu gegründeten Umweltvereine.

Motive und Sozialisation des Engagementmusters

Bei Frau M. war der christliche Hintergrund bzw. die kirchliche Einbindung entscheidend; sie stellt ihr eigenes Verhalten unter das moralische Credo: äPasse dich nicht an. Versuche einen Weg zu finden, zu dem du stehen kannst.ä

Herr K. (28 Jahre) repräsentiert in seinem Verhalten jenen Teil der DDR-Jugend, der sich im informellen Kontext engagierte und seine Ideale und Ziele (Umwelt, Dritte Welt) außerhalb der staatstragenden Institutionen zu verwirklichen suchte.

Die Wende: Kontinuität und Wandel

Mit dem sozialen Umbruch wird das Engagement dieser Personen stark aufgewertet und stimuliert. Aus Kritikern des DDR-Systems werden (nicht selten) verantwortliche Gestalter der neuen Ordnung.

Genau hier liegt der Knackpunkt ihres Engagementwandels. Dieser betrifft nicht die fundamentalen Sinnfragen (Wofür hat man sich engagiert? War alles sinnlos?), sondern die gesellschaftliche Rolle ihres sozialen Engagements.

Frau M.: äNach der Wende war plötzlich alles ganz anders. Wir, die wir früher in der kritischen Opposition waren, mußten jetzt plötzlich politische Prozesse gestalten. Es gab niemanden mehr, an den wir uns mit unseren Vorschlägen wenden konnten. Wir sind unter einen wahnsinnigen Druck gekommen...ä äFür mich hat sich das ganze Engagement total verändert. Zuvor hatte man die ganze geschlossene DDR-Gesellschaft vor sich und versucht, mit der Brechstange die Tür etwas aufzubekommen. Jetzt muß man praktisch ein ungeheuer weites, brachliegendes Feld bestellen. Man fragt sich da: mache ich es oder nicht? Ich habe es gemacht. Ich bin da reingeworfen worden und jetzt ehrenamtlich als Abgeordnete in der Stadt tätig. Das ist im Grunde ein zweiter Beruf.ä

Der abrupte Wechsel vom systemkritischen (Nischen-)Engagement zum gesellschaftspolitisch gestaltenden Engagement (als Abgeordnete etc.) wirft die Frage nach der sozialen Kompetenz auf.

Frau M.: äWenn wir in der Opposition nichts gelernt haben, aber sich zu artikulieren, eine Idee, die man hat, mit Argumenten durchzusetzen, das haben wir gelernt... Da hat das kirchliche Umfeld ungeheuer viel dazu beigetragen. Das war das Gute an der Kirche, da ist man sehr offen miteinander umgegangen. Es gab eigentlich keine Tabuthemen. Viele haben in der Kirche gelernt, offen zu reden...ä

Fall: Engagementabbruch mit nichtsystemtragendem Hintergrund

Profil: Der passive Verweigerer; Nischenengagement (in der Kirche); Verweigerung der änormalen gesellschaftlichen Aktivitätä; nach der Wende beruflich und sozial frustriert

1 Befragter, Herr S.

Herr S.: Mitarbeiter in einer Forschungs- und Entwicklungsabteilung eines DDR-Betriebes; Verweigerer der Wehrpflicht (einschließlich Dienst ohne Waffe), in den DDR-üblichen Massenorganisationen (außer FDGB) weder organisiert noch engagiert; kompromißlose Verweigerung formellen Mitläufertums: beteiligt sich weder am äKampfä der Brigade um den Titel äSozialistisches Arbeitskollektivä noch an den jährlichen Demonstrationen zum Ersten Mai - schließt sich damit vom betrieblichen Gemeinschaftsleben aus; vor der Wende innerhalb der Kirche - als Mitglied im Gemeindevorstand - engagiert, verliert nach der Wende

seinen Arbeitsplatz (mit 55 Jahren in der Umschulung) und gibt sein kirchliches Ehrenamt auf.

Motive und Sozialisation

Geprägt durch das Elternhaus und frühe Konflikte mit dem politischen System.

Herr S.: äIch war Einzelkind. Mein Vater war Hauptbuchhalter bei Brockhaus. Aus dem Grund durfte ich nicht auf die Oberschule, weil mein Vater Angestellter war. Da ist mein Vater nach Berlin gefahren und hat bei den Behörden mit den Russen verhandelt. Die haben gesagt: 'Wenn Sie haben mehrere Kinder und Arbeiter sind, dann ja.' Das hat sich so eingeprägt bei mir.ä

äMein Vater hat sich politisch nicht engagiert. Dem kam es nur darauf an, im Leben was zu leisten und zu leben. Aber das ganze drum und dran, da hat er niemandem getraut.ä

äIch war nur in der Gewerkschaft. Das war die einzige Organisation, in der ich drin war. Ich war nicht in der FDJ, nicht in der Partei, in keiner Kampfgruppe. Ich war nichts.ä

Mit seiner radikalen Verweigerungshaltung gerät Herr S. permanent in gesellschaftliche Zwangs- und Rechtfertigungssituationen. Er sucht dem sozialen Druck zu begegnen durch

- die Profilierung in der beruflichen äLeistungsnischeä im Betrieb (die Nische als sozialer Schutzraum)

äDie konnten mir ja fachlich nichts anhaben. Ich hatte mir eine Position im Betrieb aufgebaut, wo die mich brauchten. Und solche Aktionen verliefen dann immer im Sand. Mir passierte nichts. Aber sie haben mich stundenlang, tagelang in Trab gehalten, mich psychisch tyrannisiert. Ich mußte mich über die Jahre ständig rechtfertigen, warum ich am Ersten Mai nicht mit zur Demonstration gegangen bin und so.ä

- und den Rückzug in die lebensweltliche Nische unter dem Dach der Kirche (die Nische als sozialer Freiraum)

Sozialer Umbruch und Engagementabbruch

Frage: äWie beurteilen Sie im nachhinein Ihr Engagement in der Kirche angesichts des Verlaufes der Wende und der Vereinigung?ä Herr S.: äIch fühle mich mißbraucht und geprellt. Das, was ich gemacht habe, da haben andere die Lorbeeren geerntet. Da brauche ich nur an meinen Kollegenkreis denken. Die haben mich jahrelang regelrecht kaputtgespielt... Und heute. Entweder, die sind noch dran oder sie haben aufgrund ihrer Beziehungen, daß sie Westreisekader waren, schon wieder einen neuen Job. Das ist das, was mich ankotzt...ä

„Nach der Wende hat sich mein ehrenamtliches Engagement verändert, weil ich enttäuscht war, daß bei uns in der Gemeinde „schwarze Schafe“ mit drunter waren. (Herr S. meint hier Pfarrer, die für die Stasi tätig waren oder Kirchenmitglieder, die sich in der Schule als Wehrkundebeauftragte engagiert haben.) Da treten meine Frau und ich etwas kurz. Im Kirchenvorstand der Gemeinde bin ich nicht mehr.“

Indem sich Herr S. - frustriert vom Verlauf der Wende - gänzlich aus der sozialen ehrenamtlichen Aktivität zurückzieht, bleibt er seinem tradierten Verhaltensmuster treu: Er reagiert auf Konflikte mit der Gesellschaft (die ja nun auch die Kirche mit einschließen) durch Verweigerung. Er ist der Typ des passiven Verweigerers, der in seinem Dissens mit der Gesellschaft nicht auf aktive Veränderung, sondern auf Rückzug und Abschottung programmiert ist.

3.2.3 Engagementschub bei Personen mit nichtsystemtragendem Hintergrund

Profil: Der aktive Verweigerer, der sich in die unpolitische Nische zurückzieht und sich dort (hyper)aktiv zu verwirklichen sucht; durch die Wende politisch mobilisiert, übernimmt ehrenamtlich politische Aufgaben, was er früher abgelehnt hätte.

1 Befragter, Herr V.

Herr V.: Vor der Wende im kulturell-künstlerischen Bereich aktiv: Malerei als Hobby, Leiter eines Malzirkels, engagiert in der Bezirksarbeitsgemeinschaft Volkskunstschaffen sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen des Kulturbundes (Philatelie, Numismatik); Mitglied der Ortsgruppe der NDPD, in deren Rahmen er sich vor allem kulturpolitisch betätigt; wagt kurz vor der Wende (1988) den Weg in die ökonomische Selbständigkeit (im Bereich der künstlerischen Druckgestaltung/Werbung); der soziale Umbruch aktiviert sein bürgerschaftliches Engagement (ehrenamtliche Arbeit als Stadtverordneter in einer ostsächsischen Kleinstadt).

Nischensituation in der DDR

Herr V. gehört zu jenen Menschen, die sich aus einem inneren Bedürfnis heraus engagieren wollen, egal wo sie leben. In seiner Distanz gegenüber dem DDR-System suchte er sich dafür einen sozialen Raum aus (inspiriert und geprägt durch das Beispiel des Vaters), der ihm ein hohes Maß an freier Entfaltung und Selbstverwirklichung bot: die kulturell-künstlerische Nische.

Herr V.: „Das war meine Freiheit. Da konnte mir keiner reinreden... Das war absoluter Freiraum.“

Auf ähnliche Weise suchte er das Bedürfnis nach bürgerschaftlichem Engagement durch seine kulturpolitischen Aktivitäten in der NDPD-Ortsgruppe zu befriedigen: etwas in selbstbestimmter Weise für öffentliche Belange (der Stadt - z.B. die Initiative zur Rekonstruktion des ältesten Umgebendehauses der Oberlausitz) zu tun, ohne sich dabei vom Herrschaftsmechanismus (zu sehr - ganz ausschließen ließ sich das wohl nie) vereinnahmen zu lassen. Aber ein kommunalpolitisches Engagement kam für ihn zu DDR-Zeiten nicht in Frage. Herr V.: äFrüher hätte ich es unendlich vermieden, Stadtverordneter zu werden ... Aus Abneigung gegen das System und weil es im Grunde sinnlos war ... Ich habe ja mit versucht, welche zu bequatschen, das zu machen (die NDPD mußte für die Wahlen Kandidaten nominieren - H.P.), damit ich es nicht selber machen mußte.ä

Motive und Kompetenzen für das bürgerschaftliche Engagement nach der Wende

Ein starkes bürgerschaftliches Verantwortungsbewußtsein, das vor allem familien- und ortsgeschichtlich verwurzelt ist.

Herr V.: äIch habe sozusagen eine jahrhundertelange stadtverwurzelte Vergangenheit, denn meine Vorfahren sind ja schon 200 Jahre hier. Das kann ich nachweisen. Es gibt einen Ahnenpaß, da steht ein Johann Christoff V. drin ... Leineweber, fünf Generationen Schuhmacher ... Ich liebe mein Heimatstädtl über alles ...ä

Eine starke regionale Bindung und ortsgebundene Identität.

Herr V.: äIch habe mich nach der Wende engagiert, weil ich hier bleiben wollte und weil ich gesagt habe, davonlaufen ist keine Lösung ... Ich mache es aus ehrlicher Überzeugung für meinen Ort, vor allen Dingen für meinen Ort ... und daß ich mit erhobenem Haupt durch die Stadt gehen kann.ä äJetzt besteht die große Chance, für meinen Ort etwas aktiv tun zu können.ä

Ein großer Drang nach Selbstverwirklichung, der zu DDR-Zeiten in den Grenzen der Nischensituation zwar äausgelebtä wurde, aber insbesondere auf kommunalpolitischem Gebiet kaum zur Entfaltung kam (der äkommunalpolitische Nachholbedarfä).

Ein selbstunternehmerisches Verhaltenspotential, das sich nicht zuletzt auf Erfahrungen und Kompetenzen gründet, die mit dem Übergang zur ökonomischen Selbständigkeit zusammenhängen bzw. entstehen. Ökonomisches und sozio-kulturelles Selbst-Unternehmertum dürften sich gerade im kleinstädtischen Milieu gegenseitig befördern.

Das individuelle Engagementpotential von Herrn V. unterscheidet sich erheblich von jenem, über das Herr S. (der passive Verweigerer) verfügt. Beide hatten sich zwar zu DDR-Zeiten in eine Nische zurückgezogen, aber während Herr S. darauf aus ist, sich dem öffentlichen gesellschaftlichen Leben zu entziehen, nimmt Herr V. in einer Randposition daran Anteil. Sein bürgerschaftliches Engagement nach der Wende wird zudem durch Werte

(Selbstverwirklichung, bürgerschaftliches Verantwortungsbewußtsein, ortsgeschichtliche Identität) und Umstände (ökonomische Selbständigkeit) befördert, die in seiner DDR-Biographie bereits eingebunden sind, aber erst mit dem sozialen Umbruch voll zur Geltung kommen (können).

3.2.4 Die Situation der Selbsthilfe aus Selbstbetroffenheit im sozialen Umbruch

Die Befragten (5), die sich in der gesundheitlichen Selbsthilfeszene engagieren (Suchthilfe, Diabetes, chronisch krankes bzw. behindertes Kind), weisen ein besonderes Transformationsprofil auf. Sie sind alle - was die Selbsthilfegruppenarbeit betrifft - stark engagiert und erfahren in der Wende einen Aktivitätsschub, durch den sich mitunter auch neue berufliche Perspektiven erschließen ... im Umfeld der neu formierenden Selbsthilfeszene.

Allerdings, ihr Selbsthilfeengagement resultiert nicht primär aus dem sozialen Umbruch, sondern aus ihrer individuellen Lebenssituation, ihrer Selbstbetroffenheit. Die Art und Weise, wie solche Lebenskrisen verarbeitet werden, ist selbstverständlich durch die jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Nur so läßt sich einleuchtend erklären, daß Selbsthilfegruppen in der Alt-BRD weitaus stärker vertreten waren als in der DDR und in den neuen Bundesländern derzeit boomen. Dennoch, ob sich jemand in Selbsthilfegruppen oder -initiativen engagiert oder nicht, hängt vor allem mit seiner persönlichen Betroffenheit zusammen. Dies gilt es zu beachten, sollen Korrelationen zwischen individuellem Selbsthilfeengagement und sozialem Umbruch nicht falsch interpretiert werden.

Der Tatbestand, daß sich z.B. Frau D. und Frau S. seit der Wende in der sich neu formierenden (gesundheitlichen) Selbsthilfeszene engagieren, scheint auf den üblichen Wende-Engagementschub zu verweisen. Tatsächlich verhält es sich jedoch etwas anders. Bei Frau S. koinzidierte die persönliche Betroffenheit (chronisch krankes Kind als Auslöser für Selbsthilfegruppenarbeit) mit der Wende. Sie hätte auch dann versucht, ihre Probleme auf dem Wege der Selbsthilfe zu bewältigen, wenn der soziale Umbruch nicht oder später eingetreten wäre. Frau D. hingegen hatte sich bereits zu DDR-Zeiten intensiv mit ihrer Krankheit (Diabetes) auseinandergesetzt (Zustand der präformierten bzw. prädisponierten Selbsthilfe), ohne Gelegenheit zu finden, sich einer Selbsthilfegruppe anzuschließen.

Der Umstand, daß Frau R., die bereits in der DDR eine Selbsthilfegruppe (Alkoholiker) initiiert und geleitet hat, durch die Wende politisch aktiviert wird (Bürgerbewegung als politische Form der Selbsthilfe) und nach kurzer Zeit sich wieder aus der politischen Arbeit zurückzieht, könnte auf den üblichen Wende-Engagementabbruch hindeuten.

4. Resümee und Ausblick

1. Um zu verstehen, wie sich Menschen in den neuen Bundesländern mit ihren Werten, Kompetenzen und sozialen Energien unter den neuen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen entfalten, reichen die Kategorien „staatstragendes“ oder „nichtstaatstragendes“ bzw. „oppositionelles“ Engagement nicht aus. Für die weitere empirische Erforschung des Transformationsfeldes der sozialen Selbsthilfe werden differenziertere bzw. feinere Raster benötigt. Es bietet sich dabei an, auf Ergebnisse der Wertetypenforschung zurückzugreifen (vgl. T. Gensicke 1992a).

2. Die Annahme, daß Menschen, die sich in der DDR vornehmlich im staatstragenden Bereich engagierten, durch den sozialen Umbruch zwangsläufig in eine Entwertungs- und Passivierungslage geraten, läßt sich in dieser Pauschalität nicht aufrecht erhalten. Das gilt in analoger Weise für den umgekehrten Fall: die soziale bzw. bürgerschaftliche Mobilisierung/Aktivierung von Menschen, die sich außerhalb der systemtragenden Domäne bzw. in aktiver Opposition zum DDR-Staat engagierten.

3. Entscheidend dafür, wie sich Menschen im sozialen Umbruch engagieren, ist anscheinend nicht so sehr ihre frühere systemstrukturelle Verankerung (staatstragende oder nicht), sondern die biographische Relevanz und Sinnhaftigkeit ihres sozialen Engagements.

Menschen mit einer aktiven Grunddisposition, für die soziales Engagement ein persönlich bedeutsamer und identitätsbildender Wert ist, werden vermutlich auch in Phasen sozialer Umbrüche aktiv auf die Herausforderungen reagieren. Sie werden sich nicht passivieren lassen, sondern eher versuchen, ihre Selbsthilfepotenzen als soziale Ressource für die Umbruchsbewältigung zu nutzen - für die Reorganisation ihrer sozialen Netzwerke, für die Erschließung neuer beruflicher Perspektiven oder auch zur Bewältigung ihrer Identitätskrise.

Menschen mit einer passiven Grunddisposition werden auf Konflikte und Problemlagen des sozialen Umbruchs (Arbeitslosigkeit, berufliche Entwertung, soziale Ausgrenzung) eher resignativ reagieren. Selbst dann, wenn sie sich in der DDR den Zwängen und Verführungen (Karriere, Bequemlichkeit etc.) systemloyaler Verhaltensnormalität entzogen haben und in einer „Nische“ überwinterten.

Das zeigt der Vergleich zwischen dem „passiven Verweigerer“ (Herr S.) und dem oppositionellen (Frau M.) oder aktiven Nischentyp (Herr V.). Nische war in der DDR nicht gleich Nische. Die verschiedenen Nischentypen schließen unterschiedliche soziale Kompetenzen und Selbsthilfepotentiale ein. Für den einen war die kirchliche Nische z.B. mehr eine Art Schutz- und Freiraum, in dem er sein - auf gesellschaftliche Aufklärung oder Veränderung - abzielendes Aktivitätspotential zu entfalten suchte. Dieser Typ war oft nicht

religiös gebunden, sondern politisch bzw. sozial motiviert. Er drängt nach der Wende in die neuen politischen und sozialen Gestaltungsräume und verläßt das Kirchendach.

Für den anderen hingegen war die kirchliche Nische mehr eine Art Refugium, in das er sich vor gesellschaftlichen Normierungsmechanismen zurückzog. Für ihn bringt der soziale Umbruch nicht unbedingt einen sozialen Aktivitätsschub. Im Gegenteil, er droht ihn mit Problemen zu konfrontieren, die seine sozialen Handlungskompetenzen überfordern. Der passive Nischentyp ist daher vermutlich, wie sehr er auch das politische Herrschaftssystem der DDR abgelehnt hat, in einer ungünstigeren Ausgangssituation als viele von denen, die sich in der DDR staatstragend engagiert haben.

4. Der massenhaft verbreitete Typus des (staats-)verpflichteten Engagements verschwindet zwar recht schnell, wird sich jedoch auf längere Zeit noch in verschiedenen mentalen Effekten äußern:

- in Formen der Ablehnung bzw. Aversion gegenüber einer ehrenamtlichen Mitarbeit in hierarchisch gegliederten Organisationen, trotz konventionalistischer Wertepprägung;
- in Gestalt passiver Verweigerung (die selbstorganisierten Freiräume im Rahmen autoritärer Strukturen) gegenüber formalen Regulierungsmechanismen oder
- als Fortschreibung hierarchischen Anpassungsverhaltens (es werden nur die Institutionen gewechselt, das Verhaltensmuster bleibt).

5. Die einschneidendsten Umschichtungen dürften sich in jenem großen Bereich vollziehen, der ehemals das staatsinstitutionelle Engagement der DDR-Gesellschaft konstituierte. Felder und Formen bürgerschaftlichen Engagements, die in der DDR eine hohe staatsoffizielle Wertschätzung erfuhren, sind über Nacht verschwunden, werden entwertet oder diskreditiert. Menschen, die sich die meiste Zeit ihres Lebens systemnah oder staatsloyal engagierten, erleben den sozialen Umbruch als berufliche Deklassierung und soziale Ausgrenzung, insbesondere jener Teil der älteren Generation, der sich beruflich und sozial (ehrenamtlich) für den Aufbau, die Stärkung und den Erhalt der DDR eingesetzt hat.

Die Generation der Älteren scheint einer paradoxen Entwertungslogik unterworfen zu sein: Je aktiver und exponierter sich jemand im alten System engagierte, desto geringer sind seine sozialen Handlungsoptionen in der neuen Ordnung. Staatstragendes Engagement droht in bürgerschaftliche Passivität umzuschlagen.

Alle reden vom neuen expansiven Jugendextremismus. Wer redet von den (noch) verdeckten Risiken, die die Neue Ostdeutsche Altenfraktion birgt? Zu alt für den Neuanfang - zu jung für das Abstellgleis.

Es kann nicht ohne Folgen für die Gesellschaft bleiben, wenn sie die Kompetenzen, Erfahrungen, das Wissen, d.h. die biographischen Ressourcen einer Generation ignoriert bzw. brachliegen läßt. Es wäre gefährlich, wenn die vorzeitige berufliche Ausmusterung dieser Gruppe mit deren bürgerschaftlichen Diskreditierung und sozialen Ausgrenzung einherginge.

6. Sollte sich dieses Szenario einstellen, dann ist zu befürchten, daß sich in den nächsten Jahren

- der ohnehin bestehende Generationsunterschied (in Bezug auf Werte- und Verhaltensmuster) zu einem bedrohlichen Generationskonflikt verschärft - bis hin zur Formierung einer unheiligen Allianz zwischen dem frustrierten, rechtsextremen Teil der Jugend und der verbitterten, umbruchpassivierten Altersfraktion (das Hoyerswerda-Syndrom);
- ein sozialer Sprengstoff im expandierenden Seniorenbereich anhäuft: ein Defizit an gemeinschaftlicher Selbsthilfe angesichts wachsender Schwierigkeiten mit Problemen der eigenen Biographie umzugehen;
- ein Potentialschwund im Bereich der ehrenamtlichen politischen Tätigkeit und sozialen Fremdhilfe bemerkbar macht, der die Arbeit und Funktionsweise professioneller Wohlfahrtseinrichtungen als auch von traditionellen politischen Institutionen (Parteien, Verbände, Staat) beeinträchtigt und sich damit
- eine Subsidiaritätslücke auftut, die die Leistungsfähigkeit und Stabilität des Sozialstaates insgesamt beeinträchtigt.

7. Gerade für die Generation der Älteren wäre der Rückzug aus dem ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagement problematisch, denn dieses ist ein wesentlicher Teil ihrer Biographie, über den sie ihren Lebenssinn und ihre Identität konstituieren. Darüber hinaus stellt es auch eine soziale Ressource für die aktive Auseinandersetzung mit ihrer Umbruchsituation dar:

- als Handlungsfeld sozialer Selbstorganisation und Selbsthilfe;
- als Chance zum Erhalt bzw. zur aktiven Reorganisation ihrer persönlichen sozialen Netzwerke: statt Vereinzelung und Isolierung soziale Reintegration;
- als möglicher Ausgangspunkt für eine berufliche Resozialisierung: die Generierung neuer Erwerbsmuster;
- als sinnstiftende und identitätsbildende Aktivität.

8. Die Frage nach den sozialen Chancen der Generation der Älteren in den neuen Bundesländern dürfte in den nächsten Jahren das Klima in Deutschland wesentlich mitbestimmen. Wie läßt sich - angesichts der unvermeidlichen biographischen und beruflichen Brüche, mit denen vornehmlich die über Vierzigjährigen konfrontiert sind - eine

massenhafte Demobilisierung und Passivierung dieser sozialen Gruppe verhindern oder zumindest begrenzen? Frustrierte bzw. passivierte Lebenshaltungen sind allemal ein Boden, auf dem gerade in unsicheren Umbruchzeiten destruktive Kompensationsphänomene gedeihen und wuchern.

Auch wenn die ältere Generation über ein großes Potential an bürgerschaftlichem Engagement zu verfügen scheint, so darf man doch kaum erwarten, daß sich die soziale Selbsthilfe hier spontan und aus eigener Kraft formieren wird. Auch hier gilt: Die Meinung „Selbsthilfe hilft sich selbst“ ist falsch. Selbsthilfe muß von außen gefördert und unterstützt werden, wenn sie die Chance haben soll, sich voll zu entfalten und wenn sie in einer wirkungsvollen Weise stattfinden soll.“ (H. Klages 1992, S. 29.)

Im Mittelpunkt der Selbsthilfeproblematik werden vermutlich zunächst existentielle soziale Probleme stehen, die mit der Umbruchbewältigung zusammenhängen: soziale Ängste (Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Isolierung, neue Gewalt und Kriminalität), institutionelle Anpassungsprobleme (der Umgang mit dem neuen Rechts- und Sozialsystem), Orientierungs- und Identitätsnöte (Vergangenheitsaufarbeitung, Integration in die neue Ordnung). Hierfür gilt es Anspracheformen und Förderstrukturen zu finden, die der besonderen „sozialpsychologischen Selbsthilfedisposition“ (H. Klages 1992, S. 41) dieser Problemgruppe gerecht werden.

9. Die Selbsthilfelandchaft in den neuen Bundesländern unterscheidet sich von jener in den alten Bundesländern - sowohl in struktureller als auch in mentaler Hinsicht. Sie befindet sich derzeit in einem Umbruch, der eine Reihe von Unwägbarkeiten und Risiken einschließt, die sich zwar intuitiv abschätzen lassen, zu denen jedoch bislang keine gesicherten empirischen Analysen vorliegen.

- Was die Ausgangssituation betrifft, so ist davon auszugehen, daß die neue Selbsthilfe (die sich in selbstgeschaffenen Selbsthilfegruppen organisiert) schwächer und die traditionelle Selbsthilfe stärker ausgeprägt ist. Während sich jedoch erstere unter den neuen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen relativ rasch zu formieren scheint (unterstützt durch Öffentliche Förderprogramme, aber offenbar auch inspiriert durch das Selbstwertgefühl vieler Aktivisten, daß man eine moderne Form selbstorganisierten Engagements praktiziert, die in der DDR behindert wurde), zeichnet sich auf dem Feld der traditionellen Selbsthilfe ein ehrenamtlicher Potentialschwund ab.

- Im Unterschied zu den neuen Selbsthilfegruppen wurde die traditionelle Selbsthilfe in der DDR staatlich gefördert, kontrolliert und formiert. Hier hat sich das Gros der älteren Generation bürgerschaftlich und zumeist staatstragend engagiert. Die Logik des politischen Systemwechsels (die Diskreditierung aller Aktivitäten, die sich in der DDR staatsnah entfalten

teten) bringt es mit sich, daß die mit dem DDR-System historisch und strukturell verknüpfte traditionelle Selbsthilfe einem Entwertungsmechanismus unterworfen wird.

- In der DDR war die traditionelle Selbsthilfe in einem engmaschigen sozialen Netzwerk verankert, in dem neben Organisationen wie der Volkssolidarität und traditionellen Gemeinschaften (wie z.B. Nachbarschaft, Wohngemeinden) die staatlichen Betriebe eine entscheidende Rolle spielten. Dieses Netzwerk ist nicht nur dem verstärkten Druck gesellschaftlicher Individualisierungsschübe ausgesetzt, sondern wird in seinem Zusammenhalt vor allem durch den Zerfall der DDR-Betriebe gefährdet bzw. destabilisiert.

Die sozialen Folgen, die mit der Auflösung der staatssozialistischen Betriebsgemeinschaften verbunden sind, sind derzeit schwer abschätzbar. Zwei Effekte lassen sich jedoch mit einiger Plausibilität prognostizieren, wenn man bedenkt, daß in den Betriebsgemeinschaften der DDR sowohl ein großer Teil der sozialen Grundschichten als auch der Frauen nicht nur in den Arbeitsprozeß, sondern auch in das soziale (bürgerschaftliche) Leben aktiv einbezogen war:

- ein Rückzug von Frauen aus dem Feld der traditionellen Selbsthilfe, der durch ein stärkeres Frauenengagement in den neu entstehenden Selbsthilfegruppen kaum zu kompensieren sein dürfte;
- eine soziale Demobilisierung innerhalb von Grundschichten der Bevölkerung.
- Als Folge des sozialen Umbruchs ist in den neuen Bundesländern ein bürgerschaftlicher Potentialschwund zu befürchten, der genau jene drei sozialen Gruppen betrifft, die auch in der Selbsthilfeszene in den alten Bundesländern unterrepräsentiert sind (vgl. Ch. von Ferber, 1992, S. 8f.):
- die sozialen Grundschichten,
- die Frauen und die
- jungen Alten.

Das sind aber auch jene Gruppen, die einen großen Hilfebedarf haben. In anderen Worten, wir hätten es mit einer ernstzunehmenden Lücke zwischen Hilfebedarf und einem nicht aktivierten (besser gesagt: passivierten) Selbsthilfepotential zu tun, wie sie auch in den alten Bundesländern zu verzeichnen ist (Ch. von Ferber, 1992, S. 10). Mit dem Unterschied allerdings, daß diese Lücke im Prozeß der nachholenden Modernisierung erst entsteht. Es stellt sich die Frage, ob man hier - durch geeignete Förder- und Unterstützungsmaßnahmen - nicht rechtzeitig gegensteuern sollte.

Literaturverzeichnis

Balke, K., 1990, Selbsthilfegruppen in der DDR - Eine erste Einschätzung, in: NAKOS Extra Nr. 8, Juli 1990, S. 39-41

Beleites, A., 1990, Die Arbeit der kirchlichen Umweltgruppen in der DDR, in: Politische Ökologie, 18. Jan. 1990, S. 42-43

Braun, J., 1990, Überlegungen zur Förderung der Selbsthilfe in der DDR, in: NAKOS-EXTRA Nr. 8, Juli 1990. S. 24-30

Braun, J./Engels, D., 1991, Selbsthilfegruppen - eine Chance für Jeden. Veranstaltungen zur Selbsthilfe in den neuen Bundesländern, ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis. Nr. 10, Köln: ISAB-Verlag

Braun, J./Opelka, M., 1992, Selbsthilfeförderung durch Selbsthilfekontaktstellen, Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen, Köln-Leipzig. Stuttgart; Berlin; Köln: Kohlhammer

Brück, W., 1991, Jugend als soziales Problem, in: Jugend und Jugendforschung in der DDR. W. Friedrich/H. Griese (Hrsg.), Opladen 1991, S.191-200

Burrichter, C., 1991, Auf dem Wege zu einer Theorie der Systemtransformation, in: IGW-report, 5.Jg. H. 2. Mai 1991

Conant, J.B., On Understanding Science. An Historical Approach, New Haven 1947

Drees, L., 1986, Erleben der Sucht und Gemeinschaft, in: Engel, H. (Hrsg.). Probleme und Ergebnisse der Psychotherapie bei Alkoholkranken, Dresden 1986

Engels, D., 1991, Soziales, kulturelles, politisches Engagement. Sekundäranalyse einer Befragung zu ehrenamtlicher Mitarbeit und Selbsthilfe, Köln: ISAB-Verlag

von Ferber, Chr., 1992, Die Befunde des Bundesmodellprogramms zur Selbsthilfeförderung in Städten und Kreisen aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung. Manuskript (unveröffentlicht)

Förster, P., 1991, Weltanschaulich-politisches Bewußtsein, in: Jugend und Jugendforschung in der DDR. W. Friedrich/H. Griese (Hrsg.), Opladen 1991, S. 135-150

Friedrich, W., 1990, Mentalitätswandel der Jugend der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Zeitschrift äDas Parlamentä, Heft B 16.17

Gensicke T., 1992, Mentalitätsentwicklungen im Osten Deutschlands seit den 70er Jahren, in: Speyer Forschungsberichte, 109

ders., 1992a, Lebenskonzepte im Osten Deutschlands, Manuskript

Haase, P. u.a., 1989, Patientenklubs als fester Bestandteil der Therapie, in: XII Psychotherapiekongreß der DDR, Referateband, Berlin 1989

Hofmann, M., 1985, Fest- und Feiargestaltung als Investition für den Sozialismus, in: Kultur und Freizeit, Leipzig H. 2/85, S. 12-13

ders., 1992, Was bleibt den in der DDR Aufgewachsenen? Tendenzen des Wertewandels und der Wertekontinuität in der jungen Generation Ostdeutschlands, in: Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, Heft 3, Leipzig, S. 42-55

Holzweißig, W., 1985, Wie lebt sich's auf dem Dorf? Zu einigen Aspekten der Freizeitgestaltung der Landjugend, in: Kultur und Freizeit, Leipzig H.6/86, S.19-21

Hopf, Ch., 1991, Qualitative Interviews in der Sozialforschung. Ein Überblick, in: Handbuch Qualitative Sozialforschung. Hrsg. von H. Flick, E. von Kardorff, L. von Rosenstiel, S. Wolff, München 1991, S.177-182

ISAB (Hrsg.), 1992, Braun, J./Kasman, E./Kettler, U., Förderung der sozialen Selbsthilfe in den neuen Bundesländern. Ausgangslage und Ziele des Modellprogramms des Bundesministeriums für Familie und Senioren, ISAB-Schriftenreihe Nr.14, Köln: ISAB-Verlag

dass. (Hrsg.), 1992a, Braun/Kasman/Kettler (Red. Bearbeitung), Soziale Selbsthilfe in den neuen Bundesländern. Fachtagung zur Eröffnung des Modellprogramms des Bundesministeriums für Familie und Senioren, ISAB-Schriftenreihe Nr. 15, Köln: ISAB-Verlag

Jacob, G., 1991, Zwischen Dienst und Selbstbezug - Biographieverläufe ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, in: np 1/1991, S.27-33

Kabat vel Job, O., 1991, Jugend in der Familie, in: Jugend und Jugendforschung in der DDR. W. Friedrich/H. Griese (Hrsg.), Opladen 1991, S.34-45

Kasek, L./Halbing, F./Schauer, H./Twardowski, U./Wenzel, C., 1991, Umweltbefragung: Schüler, Lehrer, Eltern, Umweltinstitut Leipzig e.V. 1991

Kasek, L., 1992, Die Ausprägung arbeitsbezogener Werte in den neuen Bundesländern, in: M. Kaiser/H. Görlitz (Hrsg.) Bildung und Beruf im Umbruch. Beiträge zur Arbeitsmarktforschung, 153.2, Nürnberg 1992, S. 114-127

Kielstein, V., 1986, Der Alkoholiker und seine Gruppe, in: Therapeutische Gruppen, Vortragssammlung der bisherigen Dresdner Klubgespräche, Dresden 1986

Klages, H., 1975, Die unruhige Gesellschaft, München

ders., 1983, Wertorientierungen im Wandel, Frankfurt a.M.

Klages, H., 1992, Erfahrungen der Selbsthilfeförderung in den alten Bundesländern und Konzeption der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms in den neuen Bundesländern, in: ISAB, 1992a, S.28-42

Koch, Th., 1991, Statusunsicherheit und Identitätssuche im Spannungsfeld zwischen äschöpferischer Zerstörungä und nationaler Re-Integration, in: Z-Nr. 5., März 1991

ders., 1992, äSelbst-Unternehmertumä und äAufschwung Ostä, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitschrift äDas Parlamentä, Heft B 24/92

Maaz, H-J., 1991, Das gestürzte Volk oder die unglückliche Einheit, Berlin

Müller, H., 1991, Lebenswerte und nationale Identität, in: Jugend und Jugendforschung in der DDR., W. Friedrich/H. Griese (Hrsg.), Opladen 1991, S.124-135

Müller, S./Rauschenbach, T. (Hrsg.), 1988, Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif, Weinheim/München

Muskulus, J., 1990, Zur Selbsthilfebewegung in der DDR, in: NAKOS Extra Nr. 8, Juli 1990, S. 12-14

Offe, C., 1991, Die deutsche Vereinigung als änatürliches Experimentä, in: Gießen, B./Leggewie, C. (Hrsg.) Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991

Olk, T., 1987, Das soziale Ehrenamt, in: Sozialwissenschaftliche Rundschau, H.14., S.84-101

ders., 1988, Kontaktstellen - Einziger Weg einer angemessenen Selbsthilfegruppen-Förderung? in: NAKOS Extra, Nr.1, 11/1988, S. 2-15

Poldrack, H., 1992, Gefahrendynamik und materielle Verteilungskonflikte in der Risikozivilisation. Weltprobleme nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Comparativ, Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, Heft 3, Leipzig, S. 56-72

Schlesinger, J., 1986, Ehrenamtliche Kulturarbeit im geistig-kulturellen Leben: eine kulturtheoretische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Kreisterritorien und ihrer Siedlungsstruktur. Dissertation A (unveröffentlicht), Leipzig

ders., 1986, Kulturarbeit gleich Hobbypflege? Torgauer Untersuchungen zu Motivationen ehrenamtlicher Kulturarbeiter, in: Kultur und Freizeit, Leipzig, H.9/1986

Seidenstücker, B., 1991, Selbsthilfegruppen in den neuen Bundesländern und die organisatorischen Bedingungen ihrer Unterstützung, in: Drehscheibe Kontaktstelle. Dokumentation der Fachtagung zur Fortbildung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Einrichtungen zur Selbsthilfegruppen-Unterstützung und Institutionen der Sozial- und Gesundheitsversorgung vom 22. bis 24. Mai 1991 in Kiel, Gießen 1991, S. 23-32

Seiffert, R., 1985, Geselligkeit und Nachbarschaft im Wohngebiet, in: Kultur und Freizeit, Leipzig, H.1/85, S. 20-21

Schmitz, K. u.a., 1986, Betreuung Alkoholkranker, Berlin 1986

Schulz, R., 1990, Der Aufbruch der Selbsthilfebewegung in der DDR, in: NAKOS Extra Nr. 8, Juli 1990, S. 7-11

ders., 1990a, Medizinethische und soziologische Überlegungen zur gesundheitsbezogenen Selbsthilfe. Dissertation A (unveröffentlicht), Halle

Soult, H., 1985, Ein Jugendklubporträt. Ergebnisse einer soziologischen Studie in ehrenamtlich geleiteten Jugendklubs der FDJ (I), in: Kultur und Freizeit, Leipzig, H.9/85, S. 10-13

Soult, H., 1985a, Ein Jugendklubporträt. Ergebnisse einer soziologischen Studie in ehrenamtlich geleiteten Jugendklubs der FDJ (II), in: Kultur und Freizeit, Leipzig, H.10/85, S. 15-17

ders., 1988, Hauptamtlich contra ehrenamtlich? in: Kultur und Freizeit, Leipzig, H.11/88, S.13-15

Stoppe, A., 1992, Der Aufbau sozialer Dienste in den neuen Bundesländern durch freie Träger, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Jg.43, Nr. 1, S. 2-9

Sylvester, R., 1991, Nirgends ein Schlupfloch. Eine Generation ist plötzlich überflüssig geworden, in: Wochenpost, H.40.26, September 1991, S. 1/31/32